Nr. 286 — Halle a. S., Mittwoch den 7. Dezember 1910 — 21. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Absolutismus und Parlament.

Die Behandlung der Interpellation der Sozialdemokraten über die letzten Kaiserreden war ein Nachklang zu den Verfassungsdebatten im November 1908. Aber sie war, wenigstens auf den ersten Blick, keine Neuauflage der damaligen Debatten, sondern vielmehr eine Abrechnung mit ihnen; sie stehen äußerlich zu ihnen im scharfen Gegensatz. Damals stand das persönliche Regiment allein, in der ganzen Blöße seiner Sünden, von allen Seiten angegriffen, und mußte sich zu einer demütigen Erklärung bequemen. Jetzt hat es sich machtvoll erhoben, pocht auf sein Gottesgnadentum, und die bürgerlichen Parteien huldigen dem Herrscher als ihren Vorkämpfer gegen den Ansturm der Sozialdemokratie. Jetzt stand die Sozialdemokratie mit ihrer Kritik allein und suchten die anderen Parteien „die beklagenswerten Vorgänge" von 1908 vergessen zu machen. Welch eine Umwandlung!

Welche außerordentlichen Ereignisse waren es, die vor zwei Jahren die deutsche Bourgeoisie zu jenen bei ihr ungewöhnlichen Angriffe auf den Kaiser führten? Hatte er das Land etwa in die Gefahr eines schweren Krieges gestürzt? Er hätte einfach gegenüber einem Engländer über seine Taten und Absichten ausgeplaudert und diese Aeußerungen waren in einem englischen Blatt veröffentlicht worden. Nun waren diese Aeußerungen nicht gerade geeignet, das Ansehen der deutschen Politik im Auslande zu heben. Die Erklärung, daß er selbst ein Freund Englands sei, sich aber in seinem Reiche in der Minderheit befinde, war nicht besonders angetan, die Furcht der Engländer vor den deutschen Rüstungen einzudämmen. Schlimmer war noch die Mitteilung, daß er 1900 die Vorschläge seitens Rußlands und Frankreichs zur Demütigung Englands zurückgewiesen und der englischen Regierung davon Mitteilung gemacht habe, sowie, daß er für England einen Feldzugsplan gegen die Buren ausgearbeitet habe. „So leitet man keinen Spezereikram, geschweige denn die Geschäfte eines großen Reiches, das Weltpolitik treiben will", rief entrüstet ein nationalliberales Organ, und es sprach damit genau die Empfindung der Bourgeoisie aus. Solange die Auslandspolitik das Interesse der großkapitalistischen Bourgeoisie in der richtigen Weise vertrat, war diese Klasse völlig mit dem persönlichen Regiment einverstanden. Möchte dadurch, wie bei dem plötzlichen Besuch bei dem Sultan von Marokko, auch eine ernste Kriegsgefahr entstehen, sie hätte nichts dagegen einzuwenden, weil diese Abenteuerpolitik nur vom Interesse des deutschen Eisenkapitals diktiert war. Auch diese Klasse huldigt dem Leitsatz: „Der König absolut, wenn er unseren Willen tut."

Aber sie braucht noch etwas mehr als bloß den guten Willen. Die Geschäfte eines riesigen kapitalistischen Interessenverbandes, wie es das Deutsche Reich darstellt, zu leiten, stellt etwas mehr Anforderungen, als ein preußischer König für die Junker zu sein. Das Ansehen des Reiches auf dem Weltmarkt und damit die Profite seiner Bourgeoisie hängen nicht bloß von der Macht ab, worüber dieses Reich verfügt, sondern auch von der Fähigkeit, womit diese Macht gehandhabt wird. Als nun in dem Bericht des Daily Telegraph der Mangel an diese Fähigkeit so grell hervortrat, brach darüber eine helle Empörung in der deutschen Bourgeoisie aus. Und sie machte ihren Aerger und Unwillen in den schärfsten Angriffen gegen den Kaiser Luft.

Aber es blieb bei scharfen Worten. Mit dem System selbst war sie ja im Grunde zufrieden. Das Organ der kartellierten Eisen- und Kohlenkapitalisten, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, war am heftigsten in seinen Angriffen gewesen, wohl deshalb, weil ihr Panzerplattengeschäft nur durch die Kriegshetze gegen England blüht und die Friedensbeteuerungen des Kaisers dazu nicht paßten. Es brachte dann nach den Reichstagsdebatten einen Artikel über die Persönlichkeit Wilhelms II., die darin scharf kritisiert wird — aber nur um das System des Absolutismus zu verteidigen. „Nichts Schöneres gäbe es für seinen Charakter als Ruhm, aber ihm fehlen die Fähigkeiten zu herrschen und zu führen. Es handelt sich also nicht um eine Einrichtung des Reiches, sondern um eine Eigenschaft des Trägers der Krone, und es erhebt sich die Frage: Soll man ein Gesetz schaffen für diesen Einzelfall?" Und in den Debatten erhob keiner der bürgerlichen Redner die Forderung der Eindämmung des persönlichen Regiments, sondern nur den Wunsch, der Kaiser solle sich künftig in seinen Aeußerungen etwas mehr Zurückhaltung auferlegen. Er sollte nicht mehr durch Ausplaudern diplomatischer Geheimnisse die Geschäfte der Bourgeoisie schädigen.

Die Sozialdemokratie stand in dem Bestreben, den Parlamentarismus an die Stelle des Absolutismus zu setzen, allein. Und doch war, was sie wünschte, nichts speziell sozialistisches; es war nur dasjenige, was in westeuropäischen Ländern schon längst allgemeine Tatsache ist. Dort können Minister sich nicht halten gegen die Parlamentsmehrheit; sobald sie ein Mißtrauensvotum bekommen, müssen sie gehen, und muß der Fürst neue ernennen, die sich mit dem Parlament in Uebereinstimmung befinden. Dadurch gebietet das Parlament, die Volksvertretung, über die Regierung, über die Minister, ohne deren Mitwirkung und Verantwortlichkeit der Fürst nichts machen kann. Hier in Deutschland dagegen ernennt der Fürst den Reichskanzler und die Minister nach seinem Belieben; sie sind seine Diener und daher bildet die Regierung hier eine unabhängige Macht neben dem Parlament, eine Macht, die über Armee, Krieg und Frieden und über die Auslandspolitik selbstherrlich gebietet. In der Abhängigkeit der leitenden Minister vom Parlament liegt der Unterschied zwischen Parlamentarismus und persönlichem Regiment.

Daher schlug die sozialdemokratische Fraktion vor, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers in die Verfassung aufzunehmen. Aber keine der anderen Parteien wollte davon etwas wissen. Sogar die freisinnige Volkspartei erklärte durch den Mund des Abgeordneten Schrader: „Wir wollen kein parlamentarisches Regime, aus dem einfachen Grunde, weil es, so lange die Verfassung des Deutschen Reiches besteht, nicht möglich ist." Das ist natürlich eine faule Ausrede. Auch in Westeuropa belehrt es unter Verfassungsformen, worin gerade so wie hier, einfach steht, daß der Fürst die Minister ernennt, ohne deren Gegengezeichnung keine Regierungshandlung gültig ist, und die dafür verantwortlich sind. Dort hat das Parlament sein Steuerbewilligungsrecht dazu benutzt, sich die Regierung tatsächlich zu unterwerfen, ohne es formell in die Verfassung niederzuschreiben. Als aber Singer auf die neuen Steuervorlagen hinwies als ein Machtmittel des Parlaments, die Regierung zu zwingen, also genau das zu tun, was überall die Bourgeoisie im Kampfe um die Macht als Selbstverständlichkeit anwandte, da bezeichnete der freisinnige Wiemer das entrüstet als Erpresserpolitik.

Treffender als in diesem Worte konnte die deutsche Bourgeoisie nicht ausdrücken, daß sie um die politische Macht nicht zu kämpfen wagt. Sie will die Herrschaft des Parlaments über die Regierung nicht; sie will die Macht über Krieg und Frieden in den Händen des Fürsten belassen, über dessen Unfähigkeit sie eben noch gejammert hatte. Allerdings durfte sie das in der damaligen Situation nicht allzu offen aussprechen; daher lehnte sie die sozialdemokratischen Anträge nicht einfach ab, sondern begrub sie in einer Kommission, wo sie allmählich abgewürgt werden konnten. Die Sozialdemokratie stand damals so gut wie heute in dem Kampf für das Volksrecht allein. Nur scheinbar besteht also ein Gegensatz zwischen den damaligen Verfassungsdebatten und den heutigen. Nur äußerlich, in den Worten und Redewendungen besteht ein Unterschied. Es wurde damals in einer anderen Tonart geblasen, aber die Melodie war dieselbe. Damals klang das „Heil König dir" im klagenden Moll, was heute im schmetternden Dur erlönte.

Deshalb ist aber der Absolutismus noch nicht einfach wieder hergestellt. Mag der Kaiser noch so oft seine Auffassung des Gottesgnadentums betonen, an den tatsächlichen Machtverhältnissen wird damit nichts geändert. Die kapitalistische Großbourgeoisie ist die maßgebende Klasse im Reiche; weil sie ihre Interessen besser durch persönliche Einwirkung auf die höchsten Regierungspersonen als durch das Parlament wahrnehmen kann, unterstützt sie das persönliche Regiment, und ihr wird dabei durch die Furcht der kleineren Bourgeoisie vor der Macht der Volksmasse geholfen. Der Absolutismus geht daher auch nur soweit, als er sich durch die Interessen und Wünsche des Großkapitals leiten läßt. Damit wird die Sache für die Volksmassen natürlich um kein Haar besser. Es wäre gewiß nicht verlockend, wenn persönliche Launen eines Herrschers Kriege heraufbeschwören könnten; daß aber diese „Launen" selbst durch die Interessen des Großkapitals bestimmt werden, ist ebenso unerträglich. Das unpersönliche Großkapital, das nur auf Gewinn bedacht ist, ist der gefährlichste Faktor des Krieges, der hinter dem Fürsten steht und seine Politik lenkt. Daher kann der Kampf gegen den Absolutismus nur als ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus geführt werden.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 6. Dezember 1910.

Keine gesetzliche Arbeitervertretung!

Nach den öden und vielfach kleinlichen Verhandlungen der letzten Woche hatte der Reichstag am Montag, wenn nicht gerade einen großen, so doch einen bedeutenden Tag. Die Verhandlungen über das Arbeitskammergesetz bewiesen wieder einmal die Todfeindschaft der Heydebrandrotte und der Dirksensippe gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter und die völlige Abhängigkeit der Bethmann u. Ko. von dieser Gesellschaft der Scharfmacher, Staatsstreichler und Volksfeinde. Der Graf Westarp, dem ein junger Mann allerhand ökonomische und parlamentarische Kenntnisse zuträgt, entrollte den Moabiter Bilderbogen, um die Regierung nicht nur vor den paar kleinen Kommissionsverbesserungen, sondern vor ihrem eigenen Entwurf gruselig zu machen, und der mehrfache Millionär von Dirksen verlangte schnarrenden Tones nach einem Gesetz zum Schutz der Arbeit„geber". Gehorsam, wie der Diener seinem Herrn und der Bethmann seinem Heydebrand, beeilte sich Delbrück, den Westarp und den Dirksen die Versicherung zu geben, daß die Regierung auch ihrerseits als „unannehmbar" betrachtet, was die Junker als nicht zu duldendes Rütteln an der Ausbeuterautorität bezeichnen. Es war nur eine kleine Unstimmigkeit, wenn Delbrück wenigstens an seinem eigenen Entwurfe festhält, während die um Heydebrand und fast noch mehr die um Gamp und Dirksen am liebsten alles, was nach einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft aussieht, in den Orkus herabsenken möchten.

Die Nationalliberalen, die einen in den weitesten Kreisen unbekannten Herrn Horn aus Reuß sprechen ließen, denken in dieser Frage in ihrer Mehrheit nicht viel anders als ihre ehemaligen Kartellgenossen. Polen, Freisinnige und vorläufig auch (es ist zweite Lesung) das Zentrum ließen erklären, daß sie an den Kommissionsbeschlüssen festhalten, und dieselbe Stellung nahm der Vertreter nicht sowohl der Wirtschaftlichen Vereinigung als der christlichsozialen Zweimännergruppe in der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Abg. Behrens, ein. Von der Annahme freilich des sozialdemokratischen Antrags, der allein geeignet wäre, eine wirkliche Arbeitervertretung zu schaffen, wollen auch Zentrum und Freisinn nichts wissen. Selbst Naumann, der im wohltuenden Gegensatz zu seinem Parteifreund Kämpf in einer fein pointierten, groß angelegten Rede erneut den Gedankengang Friedrich Albert Langes über das konstitutionelle Fabriksystem entwickelte, hielt es doch für nötig, gegen den vom Genossen Legien mit prägnanter Kürze vertretenen Antrag zu stimmen, der auf reine Arbeiterkammern ein wohldurchdachtes System gesetzlicher Berufsvertretungen unter Zuziehung der Unternehmer aufzubauen vorschlug. Genosse Legien griff noch einmal in die Debatte ein und tat mit ein paar Handbewegungen die blutrünstigen Scharfmacherstraden der Dirksen und Westarp ab. Zuvor hatte schon Herr Naumann ein kräftiges Wort mit den verunglückten Nachtretern des hochseligen Stumm geredet. In einer persönlichen Bemerkung verriet wieder einmal, wenn auch wider Willen, Herr v. Dirksen seine Todfeindschaft gegen das Reichstagswahlrecht.

Der entscheidende Paragraph unseres selbständigen Antrags wurde abgelehnt, worauf mit großer Mehrheit der erste Paragraph der Kommissionsfassung zur Annahme gelangte.

Am Dienstag geht die Beratung weiter.

Heydebrand Diktator.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das Regierungsorgan Bethmanns des Gehorsamen, bringt am Montag abend an der Spitze ihres Blattes folgende amtliche Erklärung:

Gegen nationalliberale Blätter polemisierend, kommt die Kreuzzeitung in ihrem Sonntagsartikel auf die „Szene" zurück, in der der Abg. Dr. v. Heydebrand, während der Debatte im Reichstag über die Interpellation Ledebour, den Reichskanzler aufforderte, Maßregeln gegen revolutionäre Umtriebe zu ergreifen. Nach der Kreuzzeitung soll sich „die Apostrophierung des Reichskanzlers" ganz einfach daraus erklären, daß Herr v. Beihmann Hollweg „den außerparlamentarischen Verkehr mit allen Abgeordneten ohne Ausnahme vermeidet". Diese Erklärung steht mit der tatsächlichen Wahrheit nicht in Einklang. Der Reichskanzler hat gerade in der letzten Zeit, wie übrigens schon während der Sommerpause, Vertreter der bürgerlichen Fraktionen, darunter auch den Abg. Dr. v. Heydebrand, bei sich zu Unterredungen empfangen.

Wer es aus tausend Tatsachen noch nicht zu begreifen vermag, daß die Junker in Preußen-Deutschland herrschen, der mag es schließlich aus der folgenden ersehen: Am 1. September wurde in Frankfurt a. M. von dem Genossen Wendel eine Rede gehalten, der überwachende Polizeibeamte notierte fleißig, fand aber nichts zu beanstanden. Ein paar Tage später erschien die Rede als Broschüre und durfte drei Monate lang unbeanstandet verkauft werden. 25 000 Stück wurden abgesetzt. Am 26. November denunzierte Herr v. Heydebrand im Reichstage die Rede, am 29. November erhielt er die Broschüre von Wendel zugeschickt, damit er sich von der Unrichtigkeit seiner im Reichstag aufgestellten Behauptungen überzeugen könne. Jetzt setzt die Regierungstragik ein, denn bereits drei Tage nach Heydebrands Diktat erfolgte die Beschlagnahme. Jetzt plötzlich entdeckt man „Majestätsbeleidigung" und „Hochverrat" in der Broschüre. Deutlicher kann man es wohl nicht machen, und ungeschickter auch nicht. Herr v. Heydebrand ist der Mann, der den Fürsten Bülow stürzte, und Herr v. Bethmann Hollweg fühlt sich von ihm vollständig abhängig.

Ja, ja, wir haben in Preußen zweierlei: erstens kein Parteiregiment und zweitens:

so kommen in Preußen die Aktionen der Getigkeit zustande!

Sozialdemokratie und Fortschrittler.

In Labiau-Wehlau hat die Sozialdemokratie unmittelbar nach der Hauptwahl bedingungslos die Stichwahlparole für den Fortschrittler ausgegeben und in Breslau haben die Parteigenossen bei der Landtagswahl gestern Mann für Mann für den Fortschrittler gestimmt. Das ist ein großes Maß politischer Selbstverleugnung, denn man weiß, daß sich der „Fortschritt" nur selten zu einer irgendwie liberal schimmernden Tat aufrafft. Da es aber zu den wichtigsten Aufgaben gehört, das konservative Junkerregiment zu brechen, so muß aus eigenem Interesse die Sozialdemokratie auch solche Handlungen tun, von denen politische Optimisten annehmen können, sie würden schließlich gegen die Junkerherrschaft wirken. Wie lange der Fortschritt anscheinend „gegen" die Konservativen mimt, weiß man nicht, da er ja eben noch im Blockjoch mit den Junkern hauste. Bei dem Eintreten der Sozialdemokratie für die Fortschrittliche Volkspartei muß nur von vornherein grundsätzliche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0001

Klarheit herrschen, damit keine falschen Hoffnungen auf die Herrschaften gesetzt und dadurch Verwirrung in unsere eigenen Reihen getragen werde.

Die Landtagsersatzwahl in Breslau spielte sich wie folgt ab: Bei der Montag stattgefundenen Landtagsersatzwahl für den verstorbenen Zentrumsabg. Ziesche brachte die Hauptwahl keine Entscheidung. Dem konservativ-klerikalen Mischmasch fehlten zur absoluten Majorität 5 Stimmen. Im ersten Wahlgang erhielten Löbe (Soz.) 355, Ehlers (Fortschritt) 473, Vogel (kons.-klerik.) 820 Stimmen. Bei der Stichwahl, die dadurch notwendig wurde, erhielt Ehlers nunmehr 889 Stimmen, Vogel 824. Der fortschrittliche Kandidat wurde demnach mit einer Majorität von 15 Stimmen gewählt. Dieser Sieg war nur möglich durch die eiserne Disziplin der sozialdemokratischen Wahlmänner, die geschlossen den Fortschrittler heraushieben. Ein sozialdemokratischer Wahlmann wurde von seinem Unternehmer, der selbst konservativer Wahlmann ist, auf der Stelle gemaßregelt.

Wie der Fortschritt im Falle einer Stichwahl zwischen Vogel und — Löbe gestimmt haben würde, wagen wir lieber gar nicht zu erörtern. Denn bisher . . . na man weiß ja!

Ein Stückchen „militärischer Ehre".

Das militärische Ehrengericht im Landwehrbezirk Mülheim an der Ruhr hat gegen den Rechtsanwalt und Notar Dammann aus Oberhausen in seiner Eigenschaft als Oberleutnant der Landwehr auf Entlassung mit schlichtem Abschied erkannt, weil er einen anderen Reserveoffizier, der ihn brieflich beleidigt hatte, nicht zum Duell herausgefordert hat. Dieser andere Reserveoffizier, ein Kaufmann, hat dem Rechtsanwalt 20 000 Mk. unterschlagen. Er erschoß sich später und dabei stellte sich heraus, daß er auch noch andere Verrügereien, Unterschlagungen und Wechselfälschungen begangen hatte. Trotzdem wurde der ehrengerichtliche Spruch gegen den Rechtsanwalt Dammann bestätigt. Der aus dem Offizierstand Ausgestoßene, dem auch vorgeworfen worden war, daß er mit dem Kaufmann K. in einem nicht einwandfreien Geschäftsverkehr gestanden hätte, beantragte dann beim Oberlandesgerichtspräsidenten in Düsseldorf die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst. Sowohl diese Behörde, als auch die Anwaltskammer teilten ihm jedoch mit, daß nach den angestellten Ermittlungen weder zu einem ehrengerichtlichen, noch zu einem disziplinaren Einschreiten Anlaß vorliege. Rechtsanwalt Dammann wurde also als Offizier kassiert, weil er es unterließ, sich mit einem notorischen Schurken zu duellieren. Der militärische Ehrenbegriff — höher geht es nimmer!

Deutsches Reich.

— **Reichstags-Dispositionen.** Der Seniorenkonvent beschloß: **für die zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes Montag und Dienstag vorzusehen, am Mittwoch sollen Rechnungsberichte, sowie die Fortsetzung der Besprechung der Mittelstands-Interpellation folgen. Am Donnerstag fällt die Sitzung wegen des „katholischen Feiertages" aus. Am Freitag beginnt die erste Lesung des Etats, die voraussichtlich bis zum 14. Dezember, also bis zum Beginn der Weihnachtsferien, dauern wird. Nach den Ferien, am 10. Januar, kommt die Strafgesetznovelle auf die Tagesordnung.**

— **Erneuerung des Kohlensyndikats.** Der Vorsitzende des berüchtigten rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, Bergrat Kleine, hat sich einem Vertreter des Dortmunder Generalanzeigers gegenüber über die Aussichten für die Erneuerung des Kohlensyndikats ausgesprochen. Kleine ist der Meinung, daß das Syndikat bestimmt wieder zustande komme. Der Fiskus würde zweifellos dem Syndikat beitreten und dem ganzen Syndikat ein festes Fundament geben. Das Kohlensyndikat habe immer sehr „maßvoll gewirtschaftet" und die Preise „nicht zu sehr" in die Höhe geschraubt. Welch eine Dreistigkeit!

Die Forderungen der Bergleute, die eine Lohnerhöhung von 15 Prozent erstreben, hält der Bergrat Kleine natürlich für „unerfüllbar".

— **Der schießende Professor. Ueber das Professorenduell wird** noch bekannt, daß der von dem Professor Bernhard zu einer Pistolenschießerei herausgeforderte Professor der Direktor des staatswissenschaftlich-statistischen Seminars Max Sering ist. Ueber den speziellen Anlaß zu der geplanten Schießerei berichtet eine Korrespondenz, daß Bernhard in einer Vorlesung, die er in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung hielt, die ihm vermeintlich widerfahrene Zurücksetzung besprach und das Verhalten seiner Kollegen kritisierte, ohne jedoch einen bestimmten Namen zu nennen. Die nationalökonomischen Professoren der philosophischen Fakultät fühlten sich durch die von Bernhard gebrauchten Redewendungen beleidigt, und es entspann sich nun eine lebhafte Preßpolemik, in der beide Parteien ihre Ansichten recht scharf verfochten. Vor sechs Wochen erfolgte schließlich eine Korrespondenz zwischen Bernhard und Sering, die Bernhard mit einer Pistolenforderung an seinen Kollegen abschloß.

— **Der schießende Polizeiinspektor.** Das Kriegsgericht verurteilte den Polizeiinspektor Bathe, Kapitänleutnant der Seewehr, wegen Herausforderung zu — — zwei Tagen Festungshaft. Bathe hatte dem Stadtrat Schwidetzky eine Forderung auf Pistolen überbringen lassen, weil dieser bei der Vernehmung in einem gegen Bathe eingeleiteten Disziplinarverfahren eine „abfällige Aeußerung" getan hatte. In seinem edlen Berufe hütet der Herr Polizeiinspektor die heilige Ordnung — der andern.

— **Wilhelm Bruhn: Hurra! Hurra! Hurra!** Ueber den großen nationalen Helden Bruhn wird gemeldet: Eine aus allen Teilen des Kreises Friedberg-Arnswalde stark besuchte Vertrauensmännerversammlung beschloß, nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage „ihres" Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn, die Wiederaufstellung Bruhns für die nächste Reichstags- und Landtagswahl.

Bravo! Die Sozialdemokratie freut sich, daß all die echtesten nationalen Männer den Reichstag zieren.

England.

Die Wahlen.

Bis Montag um Mitternacht waren gewählt 115 Unionisten, 85 Liberale 16 Nationalisten und 13 Arbeiterparteiler. Die Unionisten haben bisher im ganzen 11, die Liberalen sechs Sitze erobert.

Die Hauptrolle im Wahlkampf der letzten Tage hat die Erklärung Balfours zugunsten des Referendums gespielt. Es ist damit der Welt ein Musterbeispiel von englischer Wahldemagogie geliefert worden. Ein einziger Satz in der Wahlkampfrede des konservativen Führers verändert mit einem Schlage die Wahlparole und die ganze Sachlage in der zwölften Stunde. Selbstverständlich verpflichtet die Erklärung Balfours ihn zu absolut gar nichts. Aber nicht genug damit, er sagt kein Wort darüber worüber, unter welchen Umständen und in welcher Weise ein Referendum vorgenommen werden soll. Er setzt bloß das Wort in die Welt, das 80 Prozent der Wähler wahrscheinlich überhaupt noch niemals gehört haben, und wartet die Wirkung ab. Argumente, die Möglichkeit einer vernunftgemäßen Diskussion oder Ueberlegung können die Wirkung nur vermindern, man hat weiter nichts vor, als durch das neue Wort, das von den konservativen Parteimännern und ihren Söldlingen mit kannibalischem Siegeslärm immer wieder hinausgeschrien wird, die vage Empfindung zu suggerieren, daß die Konservativen dem Volke irgendeine unerwartete und wünschenwerte Bescherung machen wollen und also doch seine wahren Freunde sind. Falls dieser unglaublich plumpe Schwindel den Konservativen wirklich etwas nützen sollte, dann wird es nur die Schuld der Liberalen sein, die nicht imstande waren, den Streich zu parieren. Sie waren wie vom Donner gerührt und wanden sich in erbärmlicher Hilflosigkeit. Anstatt die Konservativen zu überrumpfen mit der Erklärung, daß die Liberalen bereit seien, das Referendum als wirklich demokratische Maßregel einzuführen, so daß jede wichtige Vorlage auf Wunsch einer entsprechenden Zahl von Wählern oder Abgeordneten demselben unterworfen wird, haben sie sich auf einen reaktionär ablehnenden Standpunkt gestellt, und der sonst so schlaue Demagoge Lloyd George weiß nur von den schrecklichen Kosten zu deklamieren, die das Referendum verursachen würde.

Frankreich.

Die Proteste gegen das Schandurteil,

das vom Schwurgericht in Rouen gefällt wurde, indem es den Gewerkschaftssekretär Durand zum Tode verurteilte, werden von der französischen Arbeiterschaft fortgesetzt. Da der Bürgermeister von Rouen die Veranstaltung einer Protestversammlung in der Arbeitsbörse verboten hatte, fand eine Versammlung in dem benachbarten Sotteville statt. Diese nahm einen Antrag an, wonach der Gesamtausstand proklamiert werden soll, falls der zum Tode verurteilte Syndikatssekretär Durand nicht in zwei Monaten frei ist.

In Dünkirchen haben die Hafenarbeiter und Mitglieder der übrigen Arbeitersyndikate den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, auf das erste Zeichen hin den Generalausstand zu proklamieren. Die Behörden haben bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen. Die Hafenkais werden militärisch bewacht.

Bulgarien.

Was Ministerposten einbringen.

Sofia, 5. Dezember. Der Prozeß gegen die der Defraudation beschuldigten sieben bulgarischen Minister des stambulowistischen Regimes hat große Sensationen gebracht. Aus dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission geht hervor, wie sich die ehemaligen Minister, selbst sehr unvermögend, im Laufe der Zeit auf Kosten des Staates bereichert haben. Der Finanzminister, Lazar Papakoff, war vollständig mittellos und besaß eine Schuldenlast von 200 000 Frank; jetzt ist er reich und völlig schuldenlos. Dasselbe gilt von dem General Sawoff, der seiner Tochter eine Mitgift von einer Million Frank mitgeben konnte. Auch die früheren Minister Genadijeff und Halatcheff, die ebenfalls früher stark verschuldet waren, sind jetzt völlig schuldenfrei und besitzen beide bedeutende Vermögen. Dem Kommissionsbericht sind auch eine Reihe Originaldokumente beigelegt, aus denen nachgewiesen wurde, daß der ehemalige Ministerpräsident Petkow einmal 60000 Frank, und der General Sawoff bei der gleichen Gelegenheit 40000 Frank „Vermittlungsgebühr" von einer ungarischen Munitionsfabrik erhalten haben, die seinerzeit eine Patronenlieferung für den bulgarischen Staat ausführte. — Wie man sieht, ist so'n Ministerposten in Bulgarien das schlechteste Geschäft noch lange nicht . . .

Amerika.

Saubere Praktiken.

Der L. V. wird aus Neuyork geschrieben: Da die Politikanten Milwaukees trotz der in Anwendung gebrachten Kniffe und Tücken die Erwählung des Genossen Viktor Berger zum Repräsentanten und damit den Einzug des ersten Sozialisten in den Kongreß nicht zu verhindern vermochten, wollen sie es jetzt mit andern Mitteln versuchen, um den Willen der Wähler nachträglich zu korrigieren. Wie aus Milwaukee gemeldet wird, wird der unserm Genossen Berger unterlegene republikanische Gegenkandidat Cochem an den Kongreß bei dessen Zusammentritt das Verlangen stellen, **Berger auszuschließen, weil er — ein Feind der derzeitigen Verfassung und ein Revolutionär sei!** Nun steht ja allerdings dem Repräsentantenhaus das Recht zu, „die Resultate der Wahlen und die Befähigung seiner Mitglieder zu prüfen" und „seine Mitglieder wegen unwürdigen Betragens zu bestrafen und mit Zweidrittelmehrheit auszustoßen", aber in dem Falle Berger liegt auch nicht der geringste Anhaltspunkt für eine Anwendung jener Bestimmungen vor. Und der Einwand mit der Feindschaft Bergers gegen die Verfassung, die der ehrenwerte Herr Cochem für ein Rührmichnichtan auf ewige Zeiten zu halten scheint, ist zu einfältig, um Worte darüber zu verlieren.

Mexiko.

Die revolutionären Wirren.

London, 6. Dezember. Times berichten aus Mexiko: Ein aus San Petro Marido kommender Zug ist von Revolutionären angehalten worden. Alle Reisende, welche Waffen bei sich führten, wurden festgenommen, während die übrigen unbehelligt blieben. Eine große Menge Gold- und Silbersachen, die sich im Zuge befanden, sind von den Insurgenten mitgenommen worden. In Chihuahua fand ein Kampf zwischen Regierungstruppen und den Insurgenten statt, wobei die ersteren **157 Tote und Verwundete hatten.**

58] **Kraft.** [Nachdr. verb.

Roman von Fritz Mauthner.

Van Tenius holte tief Atem und trocknete sich wiederholt den Schweiß von der Stirn. Gerichtsboten traten ein und zündeten die Flammen im Saal an. Das Publikum blieb bewegungslos. Die Erregung des Rechtsanwalts schien sich allen Zuhörern mitgeteilt zu haben.

„Meine Herren Geschworenen! Egon Herr, der sich von Zerpen nannte und dessen Leben auf Lüge gebaut war, warb um die Hand der reichen Frau Schade. An jenem Sonntag machte er ihr einen Besuch. Die Verlobung sollte ausgesprochen werden. Aber in jener letzten Unterredung muß noch von anderen Dingen die Rede gewesen sein, als von gegenseitiger Neigung. Frau Schade hatte durch irgend eine unvorsichtige Aeußerung den wahren Charakter ihres Bräutigams erkannt. Nicht zu einem verliebten Stelldichein sollte Zerpen nach einer Stunde zurückkommen. Ich glaube an die Liebe nicht, die die Braut verläßt, um Blumen zu holen. Eine Bedenkzeit war die Stunde von sechs bis sieben. Und wenn ich ein Dramatiker wäre, so würde ich das Schicksal bemühen, um die Macht zu erkennen, welche den Zerpen verhinderte, wiederzukehren.

„Halten Sie fest, meine Herren Geschworenen, was die Verhandlung sonnenklar ergeben hat, daß Zerpen ein gewerbsmäßiger Erpresser war. Halten Sie fest, meine Herren, daß viele Leute und aus allerlei Ständen den Charakter Zerpens richtig abschätzen und daß manch Einer, wenn ihm Zerpen auf einem verliebten Wege begegnet wäre, sogleich und vor allem anderen den Gedanken gefaßt hätte, das Schweigen Zerpens zu erkaufen oder zu erzwingen, den Erpresser unschädlich zu machen, so oder so. Wundern Sie sich nicht, meine Herren, daß eine solche Existenz im Rahmen unserer bürgerlichen Gesellschaft möglich ist. Erinnern Sie sich daran, daß das Rechtsgefühl der meisten Menschen geringer ist, als ihr Sinn für Bequemlichkeit, und daß selbst Einbrecher und Diebe nicht immer angezeigt werden. Man läßt solche Kerls oft laufen, um sich die vielen Laufereien zu ersparen. Und wenn einem solch einer, tadellos gekleidet, in Gesellschaft vorgestellt wird, so reicht man ihm auch wohl die Hand, um sich Aerger und Weitläufigkeiten zu ersparen.

„Daß Zerpen eine solche unzweifelhafte Existenz war, das habe ich Ihnen bis zur Evidenz nachgewiesen. Und nun lassen Sie mich Ihnen die Begegnung zwischen dem Erpresser und dem unbekannten Mörder aufbauend schildern.

„Zerpen verließ die Villa der Frau Schade und hielt sich promenierend in der Nähe auf. Vielleicht wollte er den Eingang zur Villa im Auge behalten, vielleicht fürchtete er einen Ueberfall. Vielleicht hatte Frau Schade Ursache, das Aeußerste gegen den gefährlichen Menschen zu versuchen. Und ohne den Schatten eines Verdachts gegen diese Frau, wage ich es auszusprechen, daß der Untersuchungsrichter sich wohl den Gedanken hätte vorlegen können, wer denn eigentlich einen unmittelbaren Vorteil vom Tode Zerpens hatte. Ein Rechtsgrundsatz befiehlt nach demjenigen zu forschen, zu dessen Vorteil ein Verbrechen geschehen ist. Und ein bekanntes französisches Sprüchwort fügt hinzu, man solle das Weib suchen, das überall das Tun und Lassen der Männer lenkt. Nur einen Augenblick lang hätte sich der Verdacht auf die gewiß verwunderte Frau Schade lenken dürfen, wie sogerlich einen Augenblick lang der Gedanke durch ihren Kopf fuhr: Wer befreit mich von diesem Zerpen! Aber, meine Herren Geschworenen, wir wissen ja, wenigstens durch eine Andeutung, wo das Weib zu suchen ist und wo der Täter, zu dessen Vorteil das Verbrechen geschah. Sie sahen Beide in dem Wagen des Kutschers, der so lange die rechte Spur verfolgte, als die ausgeschriebene Belohnung seinen Verstand schärfte. Ich bedaure, daß Radusch seinen Berufspflichten folgend die Zeugenbank verlassen hat. Ich weiß, ich hatte in seinem ehrlichen Gesicht die Zustimmung zu meiner Kombination gelesen.

„Zerpen ging nicht weit vom Gatter des Grunewalds auf und nieder. Die Dämmerung war hereingebrochen, und im Walde war niemand mehr zu sehen und zu hören als der blinde Drehorgelspieler, der im Begriff war, seine Sachen zusammen zu packen. Da kommt ein offener Landauer zwischen den Kiefernstämmen heraus. Darin der Reserveoffizier des Kutschers Radusch, der mit der Frau, die er liebt, hinausgefahren ist. Ich glaube, wir tun gut, an ein seltenes edles Liebesverhältnis zu denken. Die Leute haben den Wagen öffnen lassen, die Frau hat in ihrem stillen Glück dem Drehorgelspieler einen Taler zugeworfen. Wie eine Gräfin, hat der Kutscher Radusch gesagt, sah sie aus. Ich bitte Sie, meine Herren Geschworenen, mit mir zu glauben, daß es ein schönes, reines, großmütiges Weib war. Und sie mag wohl ihre Gründe gehabt haben, die Liebe zu dem Offizier in Zivil oder was er sonst war, vor der Welt zu verbergen.

„Zerpen kannte alle Welt, wie ihn alle Welt kannte. Er blickt in den offenen Wagen und sieht etwas, woraus sich ein Lohn erpressen läßt. Eine Dame der guten Gesellschaft, eine reiche Dame — denn sie kann einem Bettler einen Taler schenken —, sitzt allein mit einem Herrn im Wagen, der nicht ihr Mann ist. Meine Herren Geschworenen, die Frau hat den Zerpen nicht gesehen oder nicht erkannt. Der Herr im Wagen aber, der Offizier, hat den Erpresser erkannt und die Sachlage sofort überschaut. Er verläßt auf der Stelle die geliebte Frau, um vor allem sie selbst gegen die Zudringlichkeit des Schufts Zerpen zu schützen. Fest entschlossen, der Geliebten keines ihrer . . . kein Haar krümmen zu lassen, tritt der Offizier dem Schuft entgegen."

Des Verteidigers hatte sich eine wachsende Aufregung bemächtigt. Er verlangte leise nach einem Glas Wasser und blieb inzwischen nachdenklich mit vorgebeugtem Kopf stehen. Das Publikum beharrte in seiner atemlosen Spannung.

Die Stiftstante wandte sich halb um und sagte:

„Das ist wirklich noch interessanter, als ich geglaubt habe. Aber Kind, was hast du denn? Du bist ja leichenblaß. Wollen wir nach Hause gehen?"

Marianne saß regungslos da, wirklich leichenblaß, und hatte ihre Augen starr auf van Tenius gerichtet. Nur die Hand erhob sie abwehrend gegen die Tante.

„Es ist wirklich zu aufregend," sagte sie. „Wenn du aber nicht fort willst, ich bleibe jetzt sehr gern."

„Und jetzt, meine Herren Geschworenen, lassen Sie mich Ihnen deuten, was geschehen ist und wie es geschehen ist. Ein Zeuge war nicht da. Aber wir kennen die Charaktere der beiden Männer. Auf der einen Seite ein ruchloser, zu jeder verzweifelten Tat entschlossener Verbrecher, auf der andern Seite — wie wir wohl annehmen dürfen — ein Mensch wie wir alle, dem Jähzorn vielleicht unterworfen, verliebt, jung und erregbar, Offizier, wie der Kutscher sagt. Der Offizier versucht zuerst festzustellen, ob Zerpen die Dame erkannt hat; Zerpen als ein Erpresser von Uebung geht gleich auf sein Geschäft los. Er droht mit der Oeffentlichkeit und einem Skandal, der vielleicht das Leben, den Ruf mehrerer Menschen vernichten könnte. Wir können uns das so lebhaft wie wir wollen ausmalen. Der Erpresser schien den Offizier in seiner Hand zu haben. Und eine große Bezahlung mag Zerpen für sein Schweigen verlangt haben. Vielleicht ein Vermögen, das die Mittel des Offiziers übersteigt, das ihn gezwungen hatte, von seiner Geliebten ein Geschenk anzunehmen. Sie war ja die reiche Frau. Vielleicht können wir aber auch annehmen, daß Zerpen, der im Begriff war, sich in ein warmes Nest zu setzen, in der Stimmung, in der er Frau Schade verlassen hatte, von dem Offizier mehr verlangte als Geld. Vielleicht sollte er den Schuft in der Gesellschaft halten, ihn für einen Ehrenmann erklären, sich für ihn duellieren, ihn seinen Freund nennen, wer weiß was. So stand der Unbekannte in der einsamen Gegend, zwischen den Kiefern, einem Manne gegenüber, der sich ehrlos anschickte, so oder so das Leben des Mannes zu vernichten. Und nun, glaube ich, hat der Unbekannte in seinem Zorn den Zerpen erschlagen. Prüfen wir den Fall rücksichtslos, aber ehrlich. Von einem Raubmord kann keine Rede sein. Aber auch ein Mord war es nicht, keine mit Ueberlegung ausgeführte Handlung. Ein Totschlag, jawohl ein Totschlag und vielleicht auch nur ein willenloser Schlag, in welchem ein Mann in höchster Not, in der Notwehr der Liebe sich . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0002

Aus der Partei.

Stumpfsinnig-mechanische „Staatsrettung".

In Löbschütz bei Kahla im Altenburgischen besitzt die Sozialdemokratie seit Jahren die Mehrheit im Gemeinderat. So oft nun ein Sozialdemokrat zum Gemeindeältesten gewählt wird, wird er regelmäßig von der Aufsichtsbehörde nicht bestätigt. Vor Jahren passierte das dem Genossen Schulze, der als Gemeindevorsteher nicht bestätigt wurde, jetzt ist hintereinander zwei zu Gemeindeältesten vorgeschlagenen Sozialdemokraten die Bestätigung versagt worden. Da aber die Mehrheit des Gemeinderats entschlossen ist, nicht nachzugeben, kann das Spiel von Wahl und Nichtbestätigung von Gemeindebeamten so weitergehen, bis einmal die ganze Staatsherrlichkeit des Klassenregiments zusammenkracht.

Gewerkschaftliches.

Gelbe Wahlmache.

Verzweifelte Mittel werden von den Unternehmern angewandt, um den unausbleiblichen Zusammenbruch der gelben Herrlichkeit nach außen zu verdecken. Bekanntlich wurde nach dem großen, für den Metallarbeiterverband verlorenen Kampf in der Nähmaschinenfabrik von Seidel u. Naumann in Dresden eine sogenannte Freie Vereinigung der Metallarbeiter aus den Arbeitswilligen gebildet. Jeder in den Betrieb eintretende Arbeiter mußte dieser gelben Vereinigung beitreten. Dabei wurde der größte Terrorismus angewandt. Aber nur weniger Jahre hat es bedurft, und die ganze gelbe Herrlichkeit ist schmählich zusammengebrochen. Der Metallarbeiterverband hat heute wieder zahlreiche Mitglieder im Betriebe. Jetzt sollte nun die Vertreterwahl zur Betriebskrankenkasse stattfinden. In den letzten Jahren beteiligten sich die meisten Arbeiter nicht daran. Sie ließen, um Maßregelungen zu vermeiden, die Gelben schalten. Eine vom Metallarbeiterverband einberufene Betriebsversammlung war von za. 600 Arbeitern besucht. Die Wahl sollte nun am Freitag abend stattfinden. Der Beginn der Versammlung, in der die Wahl vorgenommen werden sollte, war drei Tage vorher durch Aushang im Betrieb auf ½6 Uhr festgesetzt worden. Als Wahllokal war ein kleiner Raum in einer Gastwirtschaft, der höchstens 60 Personen faßt — bei einer Arbeiterzahl von za. 2000 — angegeben. Um 5 Uhr ist Fabrikschluß. Aber eine Anzahl sicherer Gelben erhielten schon um ¾5 Uhr die Erlaubnis zum Verlassen der Fabrik. Sie besetzten das Lokal und nahmen die Wahl vor. Zehn Minuten vor dem angesetzten Anfang der Versammlung schloß der Vorsitzende, der Proturist und Stadtrat Baumann, die Wahlhandlung. Draußen auf der Straße standen 5—600 Arbeiter, die in die Versammlung wollten. Natürlich ist die Wahl ungültig.

Der Vorfall zeigt aber, daß man selbst nicht vor offenen Ungesetzlichkeiten zurückschreckt, wenn es sich darum handelt, unter allen Umständen den Schein aufrechtzuerhalten, als hätten die Gelben in dem Betrieb noch die Mehrheit.

Der Streik in der Faßfabrik von A. Buchard in Potsdam ist nach siebenwöchentlicher Dauer zugunsten der Streikenden beendet worden. Die Arbeitszeit wurde von 10 auf 9½ Stunden reduziert, der Lohn um 3 Mk. pro Woche erhöht, die Akkordarbeiten um 10—15 Proz. — Ein Tarifvertrag ist bis zum 10. April 1913 abgeschlossen worden.

In Langensalza sind 66 Arbeiter der dortigen beiden Malzfabriken ausständig. Die Firmen weigerten sich, auf eine Verlängerung des bisherigen Tarifs einzugehen. Zuzug ist fernzuhalten.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Ein Bergarbeiterstreik ist auf der Zeche Challowitz in Oberschlesien ausgebrochen. Die Grubenverwaltung versuchte, die Arbeitszeit auf 10 Stunden zu verlängern, ohne eine Lohnerhöhung dafür zu bewilligen. 270 Bergleute traten in den Ausstand. Die Erregung ist sehr groß. Man befürchtet, daß sich die Streikbewegung auch auf die Nachbarzechen ausdehnen wird.

Allerlei.

Das Hochwasser in England und Frankreich.

Seit acht Tagen regnet es im größten Teile Englands unaufhörlich. Im oberen Themsetal und im Bereiche der Nebenflüsse steigt das Wasser beständig. In vielen Gegenden ist die **Saat fortgeschwemmt** und eine Neubestellung der Felder wird notwendig sein. Bisher haben die Ueberflutungen **drei Menschenleben** gekostet. Mehrere Ortschaften in Huntindonshire stehen **ganz unter Wasser**, und die Bewohner werden von Booten aus durch die Fenster mit Nahrungsmitteln versorgt. Im Waveneytal ist **aller Verkehr zu Lande unterbrochen.** Wahlversammlungen konnten in vielen Fällen nicht abgehalten werden. Auf den Hauptstraßen der Vororte von Nottingham kann man nur noch mit Ruderbooten verkehren. Der Trentfluß hat sich hier zu einem weiten See ausgedehnt. Die Eisenbahnzüge der Midlandbahn fahren meilenweit durch vier Fuß tiefes Wasser. Auf mehreren Strecken hat das Hochwasser Telegraphenstangen zu Fall gebracht.

Die Meldungen über die **Ueberschwemmungen in Frankreich** lauten fortgesetzt sehr kritisch. Sämtliche Deiche und Dämme der unteren Loire sind durchbrochen. Große Strecken Land stehen unter Wasser. In der Nähe von Nantes dehnt sich **ein See** aus, der eine Länge von **200 Quadratkilometern** besitzt und stellenweise über 10 m tief ist. Trotzdem ist der Fluß neuerdings um 10 cm gestiegen. Bei Angers erfolgte ein neuer **Dammbruch**, wodurch eine große Anzahl **Ortschaften unter Wasser** gesetzt wurden. Der Präfekt hat sofort Truppen nach den von den Ueberschwemmungen heimgesuchten Orten zur Hilfeleistung abgesandt, um die Bewohner bei den Rettungsarbeiten zu unterstützen und zu verproviantieren. In Savoyen erfolgte infolge der fortgesetzten starken Regengüsse ein **Erdrutsch**, 2500 Kubikmeter Erde und Felsmassen gingen bei Marcel nieder. Die Nationalstraße ist hierdurch auf weite Strecken unpassierbar geworden. Der angerichtete Schaden ist bedeutend. Auch aus Paris wird ein weiteres Steigen des Wassers gemeldet. Der Pegelstand der Seine hat sich um 15 cm erhöht.

Eisenbahnunglück in England.

Bei Willesden in England fuhren zwei Eisenbahnzüge aufeinander, wobei **zahlreiche Personen schwer verwundet** wurden. Wie jetzt feststeht, wurde **ein Mann getötet und 46 Personen erheblich verletzt.** 50 andere erlitten **leichtere Verletzungen.** Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festgestellt. Der Führer des **Expreßzuges**, der in den haltenden Zug hineinfuhr, erklärte, daß das Signal auf Freie Fahrt gestanden habe, doch ist dies noch nicht festgestellt. Bei der Einfahrt in den Bahnhof befindet sich eine starke Kurve, so daß der einfahrende Führer den Bahnsteig nicht sehen kann, als bis er dicht davor ist.

Vergiftungen durch Margarine

sind neuerdings auch in Schlesien vorgekommen. In Breslau sind elf, in Boguschütz ebenfalls eine Anzahl Erkrankungen zu verzeichnen. Weitere Erkrankungen werden aus Düsseldorf und aus Coswig (Anhalt) gemeldet. Es handelt sich in allen diesen Fällen um den Genuß der Margarine Backa.

Absturz eines Aviatikers.

Der Dresdener Aviatiker Hermann Reichelt, der erst vor 4 Wochen mit seiner Flugmaschine abstürzte, erlitt gestern abermals einen Unfall. Nach einem erfolgreichen Flug brach bei der Landung ein Rad des Apparates. Die Flugmaschine ging trotzdem wieder in die Höhe, wurde aber zur Seite gedrückt und Reichelt stürzte aus beträchtlicher Höhe zur Erde herab. Er erlitt bei dem Absturz **erhebliche Verletzungen.** Seine Maschine wurde durch den Aufprall auf den Boden stark beschädigt.

Gestrandete Dampfer.

Montag nacht strandeten im Sturm der italienische Dampfer Nordamerika etwa 8 Meilen südlich vom Kap Spartel und der englische Dampfer Carnmorr östlich von Danger in der Gibraltarstraße. Während die Lage des englischen Dampfers eine ziemlich ungefährliche ist, befindet sich der Dampfer Nordamerika, der voll beladen ist und Passagiere an Bord hat, in einer sehr kritischen Situation.

Kleines Allerlei. Auf dem im Abtäufen begriffenen Schacht Nr. 8 der Gewerkschaft Konstantin der Große bei Bochum löste sich bei der Bohrarbeit in einem Querschlage ein schwerer Stein. **Ein Bergmann wurde erschlagen, ein anderer so schwer verletzt,** daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — In Cabinet Vert, im französischen Departement Ille et Vilaine, **stürzte ein Reuben ein,** wobei **zehn Arbeiter mehr oder minder schwer verletzt wurden.** — Von zwei russischen Studierenden der Mannheimer Ingenieurschule, die mit einem Maurer in Streit geraten waren, hat einer den Maurer **durch einen Revolverschuß in den Mund lebensgefährlich verletzt.** Die beiden Russen sind verhaftet worden.

Briefkasten der Redaktion.

100. Der frühere Reichskanzler Fürst Bülow hat bei der im Jahre 1903 stattgefundenen Wahl zum preußischen Dreiklassenlandtag in der dritten Klasse gewählt, sein Kutscher in der ersten. Bei der letzten Landtagswahl rückte Bülow in die zweite Wählerklasse hinauf.

Klein-Wittenberg. Beschwerde beim Ortsschulinspektor.

P. G. 1. Mit 21 Jahren. 2. Ja, die Erlaubnis kann zurückgezogen werden.

Streitköpfe, Bölbergerweg. Die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe geschieht im Wege der Begnadigung. Die höchste Strafe, die ein Gericht aussprechen kann, sind 15 Jahre Zuchthaus.

W. R. Sie müssen sich die Untersuchung durch den Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft gefallen lassen. Es wird zu empfehlen sein, den Antrag zu erneuern.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Otto Niebuhr, Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Hallesches Adreßbuch

1911

ist erschienen

und wird in der Expedition, Rathausstraße 8. 9, zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

August Scherl,
Deutsche Adreßbuch-Gesellschaft m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0003

Freiheit

beim Einkauf bieten Ihnen die

1100 Geschäfte,

die unsere

Rabatt-Spar-Marken

ausgeben.

Bis jetzt sind

5¾ Millionen Mark

in barem Gelde

an das kaufende Publikum ausgezahlt worden.

Rabatt-Spar-Verein, e. V.,
Halle a. S.

Auszahlung jederzeit durch das Bankhaus **H. F. Lehmann**, Eingang Alte Promenade.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Nähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 286 | Halle a. S., Mittwoch den 7. Dezember 1910 | 21. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

94. Sitzung. Montag, den 5. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Arbeitskammern.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, an Stelle der Kommissionsbeschlüsse eine eigene Vorlage von 27 Paragraphen, die die Errichtung eines Reichsarbeitsamts sowie territoriale (nicht beruflicher) Arbeitsämter und Arbeiterkammern vorsieht.

§1 der Kommissionsbeschlüsse lautet: „Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbezweiges oder mehrerer verwandter Gewerbszweige sind auf fachlicher Grundlage, soweit nach dem Stande der gewerklichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig.

Abg. Wiedeburg (Zentr.): Obwohl das Gesetz nicht alle unsere Wünsche erfüllt, stehen wir ihm doch sympathisch gegenüber. Wir werden für die Kommissionsbeschlüsse stimmen und die Beratung nicht durch Anträge aufhalten. Wir stimmen gegen den Antrag der Sozialdemokraten schon darum, weil er eine neue Kommissionsberatung notwendig machen würde. Gewiß sind auch wir für ein Reichsarbeitsamt, aber was der Antrag Albrecht fordert, ist eine Durchbrechung unserers ganzen behordlichen Organismus. Wir ziehen paritätische Arbeitskammern den Arbeiterkammern vor, da wir als eigentliche Standesvertretung der Arbeiter die Gewerkschaften betrachten, wenn sie auch nicht gesetzlich privilegiert sind wie die Standesvertretungen anderer Berufe. Die Beschlüsse paritätischer Kammern werden auch größeres Gewicht haben, als Beschlüsse einseitiger Interessenvertretungen. Wir stimmen der beruflichen Gliederung zu, wenn wir auch die territoriale vorgezogen hätten. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Legien (Soz.):

Die Bedenken des Vorredners gegen unseren Antrag sind nicht zutreffend. Auch ohne Kommissionsberatung würde sich über den Gesetzentwurf eine Einigung erzielen lassen. Unser Antrag entspringt aus der Erfahrung, daß einmal erlassene sozialpolitische Gesetze auch nach erkannter Mangelhaftigkeit schwer verändert werden können. Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft muß so beschaffen sein, daß sie

für die Arbeiter auch wirklichen Wert hat.

Die Arbeiter brauchen eine reine Vertretung ihrer Interessen, und dies kann nur in Arbeiterkammern erfolgen. Darum beantragen wir

Arbeiterkammern

und schlagen als paritätische zweite Instanz das Arbeitsamt vor. Den Arbeitsämtern würden dann in der Hauptsache die in der Vorlage den Arbeitskammern zugewiesenen Aufgaben zufallen. Als oberste Instanz schlagen wir dann das Reichsarbeitsamt vor, das ja auch der Vorredner wünscht. Eine solche sozialpolitische Zentralinstanz ist ein dringendes Bedürfnis. Das Reichsarbeitsamt, wie wir es verlangen, würde dem Reichsamt des Innern keine Konkurrenz machen, sondern ihm vielmehr die Tätigkeit erleichtern. In der beruflichen Organisation, wie die Kommissionsbeschlüsse sie vorschlagen, sehen wir eine schädliche Zersplitterung der Kräfte. Die Verhältnisse der Arbeiterschaft, auf die es ja ankommt, sind im wesentlichen gleichartig. Darum schlagen wir

eine territoriale Organisation

vor. So gut wie den Handwerkern und den Landwirten muß man auch den Arbeitern eigene Interessenvertretungen geben. Auch wir wollen nicht durch lange Reden die Beschlußfassung aufhalten; ich beschränke mich daher auf diese Bemerkungen und bitte Sie noch einmal, sich für unseren Vorschlag zu entscheiden. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Graf Westarp (kons.): Es ist ein theoretisch verlockender Gedanke, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Kammer zu vereinigen; es fragt sich aber, ob beide Parteien zusammenarbeiten wollen. Die Sozialdemokraten sind gegen Arbeitskammern und auch die Unternehmer haben große Bedenken dagegen, weil sie wissen, daß die Sozialdemokratie solche Veranstaltungen ausnützt zur Förderung ihrer Parteibestrebungen und zur Erfüllung der Masse mit revolutionärem Geist. (Hu, Hu! b. d. Soz.) Ich erinnere Sie an den Mißbrauch der Krankenkassen durch die Sozialdemokratie. Aus diesen Gründen hatten wir schon lebhafte Bedenken gegen die Regierungsvorlage. Die Kommission hat das Gesetz noch wesentlich verschlechtert. Unannehmbar ist für uns der § 7, der auch die Eisenbahnarbeiter in eine solche Kammer hineinfügen will. Wir wollen

nicht den sozialdemokratischen Sekretären

die Tür zu den Arbeitskammern aufmachen, und wir können angesichts des sozialdemokratischen Terrorismus auch nicht die Oeffentlichkeit der Verhandlungen zugestehen. Durch die Kommissionsbeschlüsse ist der Entwurf für uns unannehmbar geworden und wir werden einstimmig dagegen stimmen. (Wiederh. Bravo! rechts, Zischen links.)

Abg. Manz (Fortschr. Vpt.): In seiner Wahlrede hat uns der Vorredner ein blutrotes Bild an die Wand gemalt. Die Furcht vor der revolutionären Wirkung der Arbeitersekretäre ist völlig unbegründet. Es wird vielmehr gehen, wie bei den Statdverwaltungen, wo die positive Mitarbeit mäßigend auf die revolutionären Elemente eingewirkt hat und einwirkt. (Zust. b. d. Vpt.)

Abg. Horn-Reuß (natl.): Den rein agitatorischen sozialdemokratischen Antrag werden wir ablehnen.

Abg. von Dirksen (Rpt.): Durch die Kommissionsbeschlüsse ist der Entwurf für uns unannehmbar geworden. Es würde unsere Verhandlungen erleichtern, wenn auch die Regierung erklären würde, welche Punkte für sie unannehmbar bleiben. Hoffentlich geht sie nicht auf Kompromisse ein, so z. B. darauf, daß die Arbeitersekretäre zwar nicht das erstemal, aber später wählbar sein sollen. Ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählter Reichstag geht leicht in der Nachgiebigkeit gegenüber sozialpolitischen Forderungen über die Schranken des Gesamtwohls hinaus und macht der

Unersättlichkeit der Gewerkschaften

und der Sozialdemokratie schädliche Zugeständnisse. Man beruft sich auf die kaiserliche Botschaft. Aber seit der kaiserlichen Botschaft ist durch Partei, Gewerkschaften, paritätische Arbeitsnachweise, Tarifkommissionen usw. die Macht der Arbeiterschaft so gewachsen, daß man bald

Gesetze zum Schutze der Arbeitgeber

wird machen müssen. (Zust. rechts, Lachen b. d. Soz.) Frieden ist nur möglich, wenn er von beiden Seiten ehrlich gewollt wird; die Sozialdemokratie aber will keinen Frieden. Die Sozialdemokratie mißbraucht durch ihren Terrorismus, wie er bei Wahlen und Verhandlungen hervortritt, alle Friedensorganisationen. Die Kommissionsbeschlüsse sind für uns unannehmbar; aber auch der Regierungsentwurf erscheint uns zum mindesten entbehrlich und gefährlich. Wir bewegen uns auf abschüssiger Bahn. Auf die Arbeitskammern folgen Arbeiterkammern, ihnen folgen obligatorische Arbeiterausschüsse der Verhandlungszwang krönt das Gebäude. Für die Einführung eines solchen konstitutionellen Systems in der Industrie können wir die Verantwortung nicht übernehmen. (Lebh. Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der auch in der Kommission abgelehnte sozialdemokratische Antrag, der einen Eingriff in die Rechte der Bundesstaaten bedeutet und für bestimmte Interessentenklassen eine besondere Behördenorganisation schaffen will, ist für die Regierung unannehmbar. In einem wohlgeordneten Staatswesen können nicht irgendwelche Interessen von den übrigen losgelöst und mit besonderen Rechten ausgestattet werden. Die Sozialpolitik darf nicht losgetrennt werden vom Reichsamt des Innern. Ihre Pflege muß in derselben Hand liegen, wie die Pflege der übrigen wirtschaftlichen Interessen des Reiches.

Seit dem Einbringen des Entwurfs ist manches passiert, was Bedenken erregen kann. (Zur. rechts: Moabit! Zust. rechts, Lachen links.) Gleichwohl würde ich das Scheitern des Entwurfs beklagen. Man müßte am Deutschen Reiche verzweifeln, wenn man glauben wollte, daß die Sozialdemokratie immer in solchen Körperschaften die Mehrheit haben wird. Die Zeiten werden sich ändern. (Lebh. Heiterkeit b. d. Soz.) Ich bin darin Optimist und halte an dem Wunsche fest, daß der Entwurf verabschiedet werden möchte. Unannehmbar ist die von der Kommission beschlossene Einfügung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Eisenbahnwerkstätten. Eisenbahnbetriebe unterstehen nicht der Gewerbeordnung, sondern sind anders zu behandeln. Sie können nicht von den deutschen Regierungen verlangen, daß sie den Schritt tun, den jetzt ein den Sozialisten nahestehender Minister (lebh. Widerspruch b. d. Soz.) zurücktut. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Die christliche Arbeiterschaft steht wie übrigens auch ein Teil der sozialdemokratischen auf dem Standpunkt paritätischer Arbeitskammern. Es versteht sich, daß diese Kammern die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen sollen, da doch die Interessen der Arbeitgeber durch die Handelskammern usw. wahrgenommen werden. — Bei der sozialen Gesetzgebung handelt es sich nicht um eine Geschenkpolitik, sondern um eine nationale Kulturpolitik. Man trete der Sozialdemokratie auf anderen Gebieten entgegen, lasse aber nicht die übrige Arbeiterschaft entgelten, was die Sozialdemokratie tut. Gegen die Wählbarkeit der Sekretäre der Berufsorganisationen sind keineswegs alle Arbeitgeber. 17 Arbeitgeberverbände, u. a. auch der bekannte konservative Landtagsabg. Felisch, haben sich für die Zulassung der Sekretäre ausgesprochen. (Hört, hört!)

Abg Kulerski (Pole): Wir hätten manches anders gewünscht, z. B. eine territoriale statt einer beruflichen Gliederung. Trotzdem werden wir für die Vorlage stimmen, erwarten allerdings Aufrechterhaltung der geringfügigen, von der Kommission beschlossenen Verbesserungen.

Abg. D. Naumann (Vpt.):

Das Reichsarbeitsamt können wir nicht, wie die Sozialdemokraten vorschlagen, so nebenbei beschließen; es gehört nicht in dies Gesetz, wenn auch gewiß genügend Tätigkeitsstoff für ein solches Reichsarbeitsamt vorhanden wäre. Für die berufliche statt der territorialen Gliederung sprechen viele Zweckmäßigkeitsgründe. Der Zweck der Kammern ist erweitert worden durch Vorarbeiten für Tarifabschlüsse und für Errichtung von Arbeitsnachweisen. Es ist aber nötig, auch die Kammern zur Herausgabe von Ausführungsbestimmungen für alle vom Bundesrat herausgegebenen Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeiterschutz zu berufen. Diese Vermehrung der Tätigkeit ist nötig, um die Kammern zu

einem wirklichen lebensfähigen Organismus zu machen.

Je mehr das freilich der Fall sein wird, desto weniger werden die Konservativen Gefallen an ihnen haben. Das bewies die Moabiter Rede des Grafen Westarp. (Sehr gut! links.) Man beschwert sich auf der Rechten über die parteipolitische Ausnutzung der Sozialpolitik durch die Sozialdemokratie. Heute aber hat der Redner der Konservativen parteipolitische Gesichtspunkte in eine rein praktische Frage der Sozialpolitik hineingebracht. (Sehr wahr! links.) Wie Herr v. Heydebrand bei der Kaiserdebatte dem Reichskanzler, so erteilten heute Graf Westarp und Herr v. Dirksen dem Staatssekretär des Innern die Parole.

Die Regierung soll scharf gemacht werden

gegen alle Verbesserungen. Die Konservativen wenden sich gegen das Wahlrecht der weiblichen Mitglieder, obwohl es schon im Regierungsentwurf drin stand. Die einfachste menschliche Gerechtigkeit erfordert, daß, wenn man nicht auf die billigere Frauenarbeit in Industrie und Landwirtschaft verzichtet, man auch

den Frauen Rechte geben muß.

(Sehr wahr! links.) Herr v. Dirksen meinte, die Sozialpolitik habe nicht persönlich gewirkt. Nun, wir kennen die düsteren Prophezeiungen von der Zeit des Sozialistengesetzes her. Da war auch immer die Rede von der nahenden Revolution. Aber die Revolution ist nicht gekommen, wenn man sich auch noch so sehr bemüht, die Moabiter Vorgänge bis zu einer Revolution in die Höhe zu drehen. (Sehr wahr! links.) Die Revolutionsgefahr hat sich nicht vermehrt, sondern vermindert. Wir stehen mit der Forderung der Arbeitskammern auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft. Die Herren von der Rechten aber sind kaiserlich nur solange es ihrem sozialpolitischen Egoismus paßt. (Sehr wahr! links.) Im Blut der deutschen Arbeiter liegt nichts Revolutionäres, wenn es ihnen nicht durch falsche Behandlung von oben eingeimpft worden ist. Wenn in Frankreich, England, Belgien sowie in Süddeutschland die Sozialdemokratie eine andere ist als in Preußen, so liegt das am preußischen Staate,

dem Staate des Dreiklassenwahlrechts.

(Sehr gut! links, Gelächter rechts.) In Süddeutschland geht es besser, weil man dort bürgerliches Rechtsgefühl hat, ein Rechtsgefühl, das von den Herren der Rechten immer wieder verletzt wird, wie eben erst wieder jetzt durch die Angriffe des Herrn v. Dirksen auf das Reichstagswahlrecht. — Es ist nicht wahr, daß die Industrie gegen Arbeitskammern ist, dagegen sind nur einige Industrieunternehmer. (Abg. Frhr. v. Gamp ruft: Der Handelstag hat sich dagegen ausgesprochen!) Das geht den Handelstag gar nichts an. Es handelt sich um eine Sache der Industrie und des Handwerks. Beim Konflikt in der Metallindustrie haben auch sehr scharfmacherische Industrielle sich nach einer paritätischen, vermittelnden Instanz gesehnt. Die Herren von der Rechten leben noch immer in dem Patriarchalismus des Herrn v. Stumm. Aber die Zeit der großen Industrieautokraten ist vorbei und die unpersönlichen Aktiengesellschaften sind an ihre Stelle getreten. — **Wir protestieren gegen den Ausschluß der Eisenbahnarbeiter und gegen die Nichtwählbarkeit der Arbeitersekretäre.** Es ist keine Parität, wenn den Unternehmern gestattet wird, ihre Direktoren in die Arbeitskammern zu senden, den Arbeitern aber nicht, ihre Vertrauensleute hinzuschicken.

Wir wünschen das Zustandekommen des Gesetzes, aber ohne die Opfer an Exaktheit und Klarheit, die uns zugemutet werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück tritt nochmals für den Ausschluß der Eisenbahnarbeiter ein. Direktoren und Arbeitersekretäre sind nicht in Parallele zu stellen. Die Direktoren stehen unmittelbar im Betrieb und in der Arbeit. Das gilt nicht von den Arbeitersekretären, die daher nicht geeignet sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. (Lebh. Widerspruch links.)

Abg. Legien Soz.):

Niemand ist besser berufen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, wie der von den Arbeitern selbst berufene Sekretär oder Vorsitzende der Organisation. Jeder andere Arbeiter, der nur einigermaßen energisch die Interessen seiner Berufskollegen vertritt, wird

ohne weiteres entlassen.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Behauptung, daß Eisenbahnbetriebe nicht den Charakter gewerblicher Unternehmungen haben, wird durch ewige Wiederholungen nicht richtiger, wenn es leider auch stimmt, daß sie nicht der Gewerbeordnung unterstehen. Die Gefahr von Eisenbahneraufständen wird durch solche ungleiche Behandlung nicht vermindert sondern vermehrt. Es ist unerhörter Terrorismus,

den Eisenbahnarbeitern ihr gesetzliches Koalitionsrecht zu nehmen!

(Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten werden es sich merken, daß der Staatssekretär sie für minderen Rechts erklärt als die Industriearbeiter.

Wenn der Staatssekretär meinte, daß die Zeiten sich ändern, so glaube ich das auch. Freilich bin ich überzeugt, daß sie sich nicht ändern werden im Sinne der Herren v. Dirksen usw., sondern im Sinne des Sozialismus. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Ein sehr wahres Wort hat Herr v. Dirksen gesprochen. Er sagte: Die Arbeiter haben in den Gewerkschaften und ihren Führern die beste Vertretung. Immer und immer wieder aber sind die Gewerkschaften unter freudiger Zustimmung der Konservativen gemaßregelt und schikaniert worden. Es mangelt also bisher an einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiterklasse. Diese will der Entwurf bringen. Daneben werden natürlich die Gewerkschaften bestehen und bestehen bleiben müssen.

Will man den Arbeitern weniger bieten als die Kommissionsbeschlüsse, soll man das Gesetz lieber begraben!

(Lebh. Zust. b. d. Soz.) Dem „Unannehmbar" der Regierung sollte der Reichstag ein entschlossenes „Notwendig für die Arbeiterklasse" entgegensetzen. (Bravo! b. d. Soz.) Gewiß habe ich es einmal für utopisch erklärt, daß ein endgütiger Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital geschaffen wird, aber das schließt nicht aus, einen Ausgleich für bestimmte Fragen zu schaffen. — Herr v. Dirksen verwies auf den Widerstand der Unternehmerverbände gegen die Arbeitskammern. Hat man etwa bei der Errichtung von Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern die Arbeiter befragt? (Sehr gut! b. d. Soz.) Auf die Angriffe des Grafen Westarp brauche ich nicht weiter einzugehen.

Das Wort Terrorismus nimmt sich merkwürdig aus im Munde eines konservativen Führers!

(Lebh. Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn das Arbeitskammergesetz imstande sein soll eine Revolution herbeizuführen, dann muß der Staat jetzt sehr wacklig sein. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn uns Graf Westarp das Recht abspricht, für die Arbeiter zu sprechen, so brauche ich nur darauf verweisen, daß wir unsere Stellung als Arbeitervertreter dem Vertrauen der Arbeiter verdanken. Daß auch der vernagelste Arbeiter nicht die konservativen Parteien mit der Vertretung seiner Interessen vertrauen wird, dafür haben, wenn es noch nötig sein sollte, die heutigen Reden der Herren Graf v. Westarp und Dirksen gesorgt. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Fleischer (Zentr.): Wunderbarerweise ist heute noch nicht das Wort vom schwarzblauen Block gefallen. Aber Sie sehen, das Zentrum bleibt unabhängig nach rechts und links. Ich sage der Rechten: Wir wollen die sozialen Friedensstörer auf den geordneten gesetzlichen Verhandlungsweg zwingen. Eine Arbeitskammer, die andere Ziele verfolgt, kann nach den Kommissionsbeschlüssen aufgelöst werden. Die Kammern sollen nicht in die Autorität der einzelnen Betriebsleiter eingreifen, sondern nur allgemeine Fragen regeln. Auf der andern Seite bemerke ich, daß der Antrag Albrecht in seiner jetzigen Fassung für uns unannehmbar ist.

Damit schließt die Diskussion.

Persönliche Bemerkungen:

Abg. v. Dirksen (Rpt.) erklärt, er sei zu vorsichtig, am Reichstagswahlrecht zu rütteln, denn er wisse ja, daß das Reichstagswahlrecht tabu („heilig") sei.

Abg. Dr. Naumann (Vpt.): Das Wort tabu stammt aus dem Götzendienst. Sein Gebrauch beweist also am besten die Stellung des Herrn v. Dirksen zum Reichstagswahlrecht. (Sehr gut! links.)

Der § 1 des Antrags Albrecht wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Rest des Antrages wird zurückgezogen. § 1 der Kommissionsbeschlüsse wird darauf mit großer Mehrheit angenommen, worauf die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt wird.

Schluß 6½ Uhr.

Moabit.

P. B. Berlin, 5. Dezember 1910.

Am Montag wird zunächst der Fall Pilz verhandelt. Es ist das ein „Clou" der Anklage. Pilz ist der Schankwirt, in dessen Lokal anfangs der Sitz des Streikkomitees war. Nach der Anklage war dieses Lokal gewissermaßen „ein Herd der Revolution". Die armen Arbeitswilligen wurden in dieses Lokal geschleppt, dort vor eine Art Femgericht gestellt, an Leib und Leben bedroht, falls sie die Arbeit nicht niederlegen würden, und zum Teil auch aufs schwerste mißhandelt. Die Zeugenvernehmung ergab ein wesentlich anderes Bild.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Wellschmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefordert, in das Lokal mitzukommen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen. Er ist, wie er sagt, gutwillig ohne weiteres mitgegangen, weil es ihm ganz gleich war, ob er bei Kupfer oder wo anders arbeite. Er hat sich auch in dem Lokal, wo die Streikenden waren und ihm zuredeten, ohne weiteres bereit erklärt, die Arbeit bei Kupfer niederzulegen, und die von den Streikenden ihm nachgewiesene anzunehmen. Dann ist er nach vorn in das Gastzimmer gegangen, und einer der Streikenden hat noch für ihn Abendbrot bestellt, das er verzehrt hat. — Es spielte sich dann ein Vorfall ab, der nicht aufgeklärt werden konnte. Es sind plötzlich aus dem hinteren Zimmer, in dem der Zeuge vorher mit den Streikenden gewesen war, einige Männer herausgestürzt und haben den Zeugen mit dem Rufe: „Du willst uns noch belügen" mißhandelt. Der Gastwirt Pilz war kurz vorher, wie der Zeuge sagt, nach hinten gegangen, und er ist der Meinung, daß der Gastwirt die Leute gegen ihn aufgehetzt hat. Tatsächlich war Pilz in den Keller gegangen, was aber Wellschmidt nicht wußte. Aus welchem Grunde er mißhandelt worden ist, ließ sich nicht feststellen. Der Gastwirt Pilz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0005
DFG

hat ihn, sobald die Schlägerei losging, nach der Straße gezerrt, weil er in seinem Lokal eine Schlägerei nicht dulden wollte. Der Zeuge allerdings behauptet, daß der Gastwirt ihn in die Mißhandelnden zurückgestoßen habe, doch geht aus der Aussage eines anderen Zeugen, des Arbeiters Baumann, ganz klar hervor, daß dem Wirt darum zu tun war, in seinem Lokal unter keinen Umständen Schlägerei zu haben.

Einige andere Arbeitswillige sind ebenso wie Wellschmidt in das Pilzsche Lokal gekommen und haben sich dort ebenso wie Wellschmidt bereit erklärt, andere Arbeit anzunehmen und die Arbeit bei Kupfer niederzulegen. Es ist

keinem von ihnen ein Haar gekrümmt worden.

Freilich waren die Streikenden zum Teil sehr erbost auf sie und machten auch Miene, einen jungen Mann, wie der eine Zeuge aussagt, zu schlagen. Aber der Streikleiter, Herr Ritschke, hat sie sofort davon abgehalten und nicht geduldet, daß irgendwie eine Gewalttätigkeit gegen Arbeitswillige begangen würde.

Bei der Vernehmung des Wellschmidt kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger Liebknecht und dem Vorsitzenden. Das Gericht lehnte wiederholt Fragen des Verteidigers ab, beschloß aber, Fragen des Vorsitzenden, die von der Verteidigung beanstandet waren, zuzulassen. Der Fall Pilz soll Mittwoch weiter verhandelt werden. Es werden hierzu 31 von der Verteidigung genannte Zeugen geladen.

Die Nachmittagssitzung wurde zum großen Teil ausgefüllt durch die Vernehmung des Redakteurs der Liberalen Korrespondenz, Erdmannsdörfer, der seine Beobachtungen bei einem Rundgang durch Moabit schildert. Im großen Ganzen hat sich nach seinem Urteil

das Publikum ruhig verhalten;

an den verschiedensten Straßenkreuzungen standen sich Schutzleute und Publikum wie feindliche Heerlager gegenüber. Aber zu Angriffen ist es auf keiner Seite gekommen. Dagegen hat er gesehen, wie ein einzelner Mann in der Nähe des Bahnhofs Beusselstraße über den Damm lief, gefolgt von einem Polizeioffizier und einer großen Anzahl von Schutzleuten, die die Säbel gezogen hatten. Der Offizier gab dem Mann

einen Stoß mit der Faust ins Genick.

Der betreffende Offizier, der an den von Erdmannsdörfer angegebenen Stellen kommandiert hatte, wurde telephonisch herbeigerufen, dem Zeugen gegenübergestellt und von ihm wiedererkannt. Er leugnete nicht, gestoßen zu haben, nur erklärte er, er könne sich der Einzelheiten nicht mehr genau erinnern. An einer andern Straßenecke hat der Zeuge gehört, wie ein Schutzmann dem gegenüberstehenden Publikum das Wort

„Schufte"

zurief. Der Zeuge fällt ein höchst abfälliges Urteil über das Verhalten der Polizei.

Ein anderer Zeuge sagte mit großer Bestimmtheit aus, daß **er unter der Menge Kriminalbeamte beobachtet hätte, die „Blutbande" geschrien haben.** Einen dieser Beamten hätte er an einem späteren Tage so genau wiedererkannt, daß ein Irrtum ausgeschlossen ist. Im übrigen wurden wiederum

zahlreiche Fälle von Mißhandlungen Inhaftierter

zur Sprache gebracht. Es wiederholt sich das Schauspiel der letzten Tage. Die Inhaftierten bekundeten ihre Mißhandlungen und zeigten auch die Spuren der von Faustschlägen und Säbelhieben herrührenden Wunden. Die Polizeibeamten bestreiten mit ebenso großer Entschiedenheit jede Mißhandlung.

Fortsetzung Dienstag.

•

Vertagung des Schwurgerichts.

Ein Teil der wegen der Moabiter Vorkommnisse angeklagten Personen ist vor das Schwurgericht verwiesen worden, weil man unter ihnen eine Anzahl „Rädelsführer" entdeckt zu haben glaubt. Der Prozeß vor dem Schwurgericht war auf den 12. Dezember angesetzt. Dieser Termin ist nun aufgehoben worden und die Schwurgerichtsverhandlung kann nun erst im Januar stattfinden. Die Verhafteten bleiben also über die Feiertage hinaus in qualvoller Untersuchungshaft.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 6. Dezember 1910.

Achtung, Metallarbeiter!

Bei der Firma Tiez, Metallgießerei, hier, sind Differenzen ausgebrochen. Die Former haben die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Aus dem Stadtparlament.

Die Konflikte zwischen Magistrat und Stadtverordneten gewinnen an Häufigkeit und Schärfe. Alle diese Differenzen entspringen aus dem Bestreben der Regierung und der infolge des Bestätigungszwanges von ihr abhängigen Magistratsbeamten, das kümmerliche Selbstverwaltungsrecht der Städte soviel wie möglich zu beschneiden. Die bürgerlichen Stadtverordneten jauchzten vor nicht gar zu langer Zeit über die vor hundert Jahren erfolgte „Befreiung der preußischen Städte" und heute spüren sie immer deutlicher die Fessel, die mit der famosen Selbstverwaltung unter Regierungsaufsicht der Städteentwicklung angelegt worden ist. Vor kurzem erst wurde den Halleschen Stadtverordneten vom Herrn Rive mit dürren Worten erklärt, daß sie in Beamtenfragen keine Meinung, sondern nur das Recht hätten, Gelder zu bewilligen; heute kommt die Regierung und setzt einen dicken Strich unter diese Erklärung.

Die beiden Polizeiinspektoren in Halle bezogen bis zur allgemeinen Regulierung der Beamtengehälter etwa vor einem Jahr 3900 bis 5100 Mk. jährlich, wozu 500 Mk. berufliche Nebeneinnahmen traten. Der Magistrat wollte damals ihre Gehälter auf den Betrag von 4000 bis 5400 Mk. bringen, unbeschadet der Nebeneinkünfte. Die Stadtverordneten lehnten ab, da sie die Gehälter für angemessen hielten. Später aber gelang es den Inspektoren auf dem Wege der Petition, eine Erhöhung durchzusetzen, die der vom Magistrat beantragten nahezu gleichkam. Nur „um das Gesicht zu wahren", strich die Stadtverordneten-Versammlung 100 Mk. von dem Anfangs- und Endsatze. Aber auch das kränkte die Inspektoren so sehr, daß sie deswegen an die Regierung gingen. Und diese hält die 100 Mk. Abstrich so wichtig, daß sie einen schweren Konflikt nicht scheut, sondern — Zwangsetatisierung androht. Zwangsetatisierung unter dem Zeichen des Selbstverwaltungsrechtes! — Man sollte nun glauben, daß auch die bürgerlichen Stadtverordneten angesichts dieser Sachlage aufgestanden wären wie ein Mann, um den angetragenen Konflikt in Ehren auszufechten. Aber nichts dergleichen. Ganze 18 Mann besaßen den Mut der Konsequenz, trotz oder gerade wegen der Regierungsdrohung gegen die nach dem Wunsche der Regierung — der natürlich Magistratswunsch ist — abgefaßte Magistratsvorlage zu stimmen, alle übrigen fielen um, obwohl sie ja einerseits gegen die Regierung, andererseits aber wegen der „Geringfügigkeit des Objektes" nicht für den Konflikt waren.

Und wie scharf waren die Waffen gegen die ganz unberechtigte und vollkommen deplazierte Androhung der Regierung in Merseburg. Da wird in der Vorlage von der umfangreichen Tätigkeit der Polizeiinspektoren gesprochen. Und doch gestattete diese einem der Herren, in Verbindung mit seiner dienstlichen Tätigkeit die Erbauung von drei eigenen Häusern zu überwachen und alle dazu nötigen Finanz- und sonstigen Geschäfte zu führen. Die Forderung der Regierung mochte einen Schimmer von Berechtigung haben, wenn sie selbst ihre gleichwertigen Beamten besser bezahlen würde. Aber was stellte sich in der Diskussion heraus? Daß die Regierung ihren Polizeiinspektoren 3280 Mk. Anfangsgehalt zahlt, 620 Mk. weniger, als Halle zahlen wollte! Und in den größeren Städten Essen, Elberfeld usw. erhalten die Polizeiinspektoren 3600 bis 3800 Mk. Anfangsgehalt! Mit Recht wies unser Redner, Genosse Osterburg, auf den schneidenden Gegensatz hin, der sich zwischen der Behandlung der Unterbeamten sowie städtischen Arbeiter und der dieser Herren offenbart. Als die Unterbeamten um Verbesserung ihrer Existenz petitionierten, mitzuteilen das der Magistrat; mit den infolge einer Notlage berechtigten Ansprüchen der städtischen Arbeiter, die zum Teil unter 3 Mk. Tagelohn erhalten, war man im Handumdrehen fertig. —

Herr Rive zeigte sich in seiner ganzen Größe als Bewahrer des Selbstverwaltungsrechtes, indem er auf den entsprechenden Hinweis unseres Genossen kühl erklärte: Klage beim Oberverwaltungsgericht ist möglich, aber sie kann nur vom Magistrat angestrengt werden und der wird sich hüten. Die Versammlung kann beschließen, was sie will, das ist schon gleich; geschehen wird, was wir wollen! Aber die Halleschen bürgerlichen Stadtverordneten können schon einen Puff vertragen, was sie hierbei wiederum bewiesen. Es hat sich gezeigt, daß die unnatürlich starke Vertretung des mittleren und höheren Beamtentums im Stadtverordnetenkollegium eine Gefahr für die Stadt bedeutet. Für Beamtenforderungen treten diese Herren stets ein, gleichgültig, ob die Interessen des Gemeinwesens darunter leiden. Das sollten sich namentlich die Bürger merken, die, vom roten Lappen geschreckt, bei der Stadtverordnetenwahl den Beamten„sieg" herbeiführen halfen. Grotesk wirkte die Flaumacherei der Herren von Blume und Föhring, die da meinten, daß der Gegenstand „nicht wert" sei, zu protestieren und daß man sich „das Pulver zum nächsten Mal trocken halten" müsse. Mit dem Schlafpulver sind diese Redner, wie man sieht, weniger sparsam. Da sie es in so reichlichem Maße verstreuten, war der „Sieg" des Magistrats und der drohenden Regierung unausbleiblich. Nur ein halbes Dutzend sozialdemokratischer Stadtverordneter mehr und die Selbstverwaltungsfeinde wären fraglos hineingefallen!

Das Wort „Kulturaufgaben leiden nicht", fand wirksame Illustration durch die in der Magistratsvorlage über die Unterbringung kranker Kinder mitgeteilte Tatsache, daß zum Bau eines Kinderkrankenhauses die Mittel zum großen Teil durch private „Wohltätigkeit" aufgebracht werden mußten. Es handelt sich um Rumpfe 30 000 Mk., die der Staat für den obgedachten Zweck nicht aufwenden konnte. Welcher Wertschätzung sich die kranken Kinder bei den Behörden erfreuen, geht auch aus der Ausdrucksweise der Magistratsvorlage hervor, die vom „Eingehen der kleinen Patienten" redet. Es handelt sich bei der Vorlage nicht um ein Tierspital, sondern, wie gesagt, um ein Kinderkrankenhaus.

Die städtische Frauenschule zu Halle a. S.

In einer der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Frage der Errichtung einer mit der städtischen höheren Mädchenschule verbundenen sogenannten Frauenschule erörtert. In seiner Vorlage, die von den Stadtverordneten gegen die Stimmen unserer Genossen genehmigt wurde, erklärte der Magistrat, daß die Absicht bestehe, mit der höheren Mädchenschule eine Studienanstalt zu verbinden, und diese werde nur genehmigt, wo eine Frauenschule schon bestehe. Außerdem dürfe aber Halle in dieser Frage nicht zurückbleiben, da kleinere Städte bereits mit der Gründung vorangegangen seien.

Wie der Magistrat nun die Aufgaben der Frauenschule kennzeichnet, so haben wir in der beschlossenen Gründung nichts anderes als eine weitere reine Klassenschule zu erblicken. Ausdrücklich heißt es in der Vorlage: „Die Frauenschule soll die Fortsetzung der höheren Mädchenschule sein und will die weibliche Jugend der wohlhabenden gebildeten Stände mit dem Wissen und Können ausstatten, das der Erziehungsberuf der Frau innerhalb der eigenen Familie erfordert." — Selbst verschiedenen bürgerlichen Stadtverordneten schien diese Betonung des Klassencharakters der geplanten Schule zu kraß. Zwar wollen auch sie selbstverständlich Klassenschulen und Bildungsprivilegien für die höheren Stände, aber sie möchten ein verschämtes Schleierlein darüber breiten, die Besitzlosen sollen nicht merken, wie sie immer und immer wieder zurückgesetzt und vernachlässigt werden. Es wurde deshalb in der erwähnten Sitzung beantragt, die Worte der Vorlage „der wohlhabenden, gebildeten Stände" zu streichen. Die Mehrheit hielt das jedoch nicht für nötig, mit dem Magistrat denkt sie: Mag der Prolet erfahren, daß wir von ihm nichts wissen wollen, daß uns das Wohl der „besseren" Stände zunächst beschäftigt; was schadet das! Natürlich hat man auch Gründe für die Bevorzugung der „wohlhabenden, gebildeten" Stände. Die jungen Mädchen aus diesen Ständen sollen nicht nach der Studienanstalt (deren Gründung aber gleichwohl beabsichtigt ist) oder in die Pensionen des Auslandes gedrängt werden. Sie sollen nicht zu viel lernen — nicht mehr, als für „ihren zukünftigen Beruf als Frau und Mutter" notwendig ist — und sollen ihr Geld nicht nach außerhalb tragen. Kirchturmspolitik und Kinderstuben- oder Heiratsbureaupolitik. Diese „Gründe" verkennen ganz gründlich die moderne Entwicklung, die sich selbst von einem Hallenser Magistrat nicht aufhalten läßt. Soll und muß die Frau nicht zur Selbständigkeit erzogen werden, statt zum Männerfang für die Heirat unter allen Umständen? Natürlich reden wir nicht dem Pensionatsblödsinn das Wort, aber schließlich wird ja auch die Frauenschule nichts anderes sein als „Pension".

Auch die in der Frauenschule eingerichteten Kurse und ihre Besetzung zeigen, daß wir es mit einer Klassenschule für das „bessere" Volk zu tun haben. Es soll Deutsch, Bürgerkunde, Gesundheitslehre, Haushaltungsunterricht, Pädagogik, Volkswirtschaftslehre gelehrt und Arbeit im Kindergarten vorgenommen werden. Diese Gegenstände sind obligatorisch. Wahlfrei sind Englisch, Französisch, Literaturgeschichte, Kunstgeschichte, Naturwissenschaften, Geschichte, Geographie und — soziale Ausbildung. Die technischen Kurse müssen geteilt werden, wenn sie mehr als 20 Teilnehmerinnen haben. Mehr als 20 Stunden wöchentlich darf eine Teilnehmerin nicht belegen; da somit zehn Stunden für die Pensionatsstunden wahlweisen Kurse übrig bleiben, läßt sich ermessen, welches der Hauptzweck der Schule ist. Volksschullehrerinnen müssen nachweisen, daß sie die erste Klasse einer höheren Mädchenschule besucht haben; die Hospitantinnen brauchen das nicht. Aber natürlich werden Proletarierinnen nicht 15 Mk. für die Jahresstunde „Literatur" usw. ausgeben. Es ist also vorgesorgt, daß die Frauenschule Standesschule bleibt.

Interessant ist nun die Kostenberechnung, die der Magistrat hierzu vorlegt. Er rechnet aus, daß die Einnahmen 13 500 Mk. betragen würden, die Ausgaben hingegen 15 960 Mk., so daß der städtische Zuschuß „nur" noch 2460 Mk. betragen, jedenfalls aber nicht mehr als 3600 Mk. ausmachen würde. Ein Kapitel zuvor spricht die Vorlage von der Unterbringung der Schule, für die natürlich eine Anzahl Räume erforderlich sind. Für diese Unterbringung wird aber kein roter Heller in Ansatz gebracht, wie überhaupt die Kostenrechnung sehr dürftig ist und insgesamt nur vier Posten umfaßt. Nach dieser sonderbaren Rechnungsmethode wundern wir uns nur, daß überhaupt eine Unterbilanz herausgerechnet wurde, damit hätte man sogar einen „Ueberschuß" feststellen können. Werden die Kosten berechnet, die in der Magistratsvorlage nicht aufgeführt sind, so wird sich ein sehr erheblicher Jahreszuschuß der Stadt herausstellen, der kein Verhältnis zu dem Nutzen der Schule steht. Jeder Pfennig Zuschuß für eine solche Standesschule ist aber zu schade und müßte rundweg verweigert werden. Schon deswegen, weil die Volksschulen in Halle noch ganz erheblicher Verbesserungen bedürfen und keineswegs Musterschulen sind.

Auch aus dieser Vorlage leuchtet das Bestreben der städtischen Körperschaften, aus Halle nach Möglichkeit eine Stadt der „besseren" Leute, eine Beamten- und Rentiersstadt zu machen. Die Arbeiter sollen in die Vororte verdrängt werden, wo ihr kommunalpolitischer Einfluß den Machthabern in Halle keine Kopfschmerzen bereitet. Aber hierbei wird die Entwicklung ein Wörtchen mitzureden haben und den Arbeiterfeinden das Plänchen gründlich verderben. Die Arbeiter können hierbei mithelfen, indem sie sich kommunalpolitisch schulen und die nächste Wahl der Stadtverordneten bei all ihren agitatorischen Handlungen ins Auge fassen. Gelingt es, 1911 die Zahl der Arbeitervertreter im Stadtparlament zu vermehren, so wird alle Liebesmühe der gegenwärtig Herrschenden vergeblich sein.

Von der Frauenklinik

wird uns geschrieben: In der 2. Beilage des Volksblattes vom 3. Dezember d. J. befindet sich unter Ueberschrift: „von den Wohltaten der Menschheit" eine Beschuldigung der unter meiner Leitung stehenden Königlichen Universitätsfrauenklinik, welche unbegründet ist. Ich bitte Sie von folgendem Kenntnis zu nehmen:

Die Königliche Universitätsfrauenklinik hat bei dem jetzigen Streit zwischen Aerzten und Krankenkassen von vorn herein erklärt, daß jede Bitte um Hilfe, die von seiten einer Hebamme eingeht, als Notfall anzusehen ist und demgemäß stets zu gewähren ist. Die Hilfe wird nur abgelehnt, wenn es sich deutlich nicht um Not handelt oder wenn bei dem Besuch erkannt wird, daß kein Notfall vorliegt.

Bei dem in Ihrer Zeitung geschilderten Fall ist der erbetene Besuch sofort gemacht worden; durch die nach sorgfältiger Desinfektion — daher 20 Minuten-Vorbereitung — vorgenommene Untersuchung wurde festgestellt, daß kein Notfall vorlag, daß vielmehr Abwarten das einzig richtige war; eine Operation wäre ein Fehler gewesen. Die Aerzte der Klinik verließen daher die Frau gegen 5 Uhr morgens und das Ergebnis: um 7 Uhr früh wurde ein lebendes Kind ohne Kunsthilfe geboren. Das Abwarten war also auch durch den Erfolg als das richtige erwiesen.

Ich bitte Sie diese Berichtigung in Ihre Zeitung aufnehmen zu wollen.

Der Direktor der Kgl. Universitätsfrauenklinik.
Dr. med. J. Veit,
Geheimer Medizinalrat und Professor.

Wir haben die Darstellung unseres Gewährsmannes genau wiedergegeben. Er erklärte uns, ihm sei davon, daß die Operation ein Fehler gewesen sein würde und daß Abwarten das einzig richtige sei, nichts mitgeteilt worden. Nach den Aeußerungen der Hebamme mußte er annehmen, daß der Zustand seiner Frau gefährlich sei.

* **Vortrag zur Alkoholfrage.** Die Alkohol-Ausstellung, die heute geschlossen wird, ist auch von manchem Arbeiter besucht worden. Wer nun nachdenklich geworden ist über die vielen Tatsachen, die gegen das Schnaps- und Biertrinken sprechen, wer sich weiter unterrichten will über das Verhältnis, das besonders der Arbeiter dazu hat und haben soll, der besuche den Vortrag, den Genosse Neumann-Berlin am Montag abend im Volkspark halten wird. Vor allem bitten wir alle, die sich schon frei gemacht haben vom Alkohol, zu kommen und sich dem Arbeiter-Abstinenzlerbunde anzuschließen. Der Vortrag behandelt das Thema: Alkoholfrage und Sozialdemokratie. Auch die Gegner der proletarischen Abstinenzbewegung sind dringend eingeladen. Dem alten Grundsatze getreu wird freie Aussprache gehalten.

* **Die Jugendkommission** ladet ihre Mitglieder zum Donnerstag abend 8½ Uhr zu einer Sitzung im Volkspark ein.

* **Die Volksbuchhandlung** hat der heutigen Gesamtauflage des Volksblattes einen Prospekt beigelegt, worauf die prächtigsten Weihnachtsgeschenke verzeichnet stehen. Da ist die Entwicklungsgeschichte der Natur, die billige Ibsen- und Björnson-Ausgabe, Globen, Prachtwerke usw. zum Teil zu herabgesetzten Preisen. Wir empfehlen die Beilage der ganz besonderen Beachtung unserer Leser.

* **Vom Halleschen Dürerbund** wird uns geschrieben: Von dem Grundsatze ausgehend, daß die möglichst große Verbreitung billiger guter Bücher in den weitesten Volkskreisen das

Jedem Leser welcher beabsichtigt, ein reizendes **Weihnachts-Geschenk,** als: **Broschen, Ringe, Knöpfe, Armbänder, Medaillons, Uhrketten, — Verlobungsringe —** etc. zu kaufen, sei aufs beste die Goldschmiede-Firma **Bruno Klinz, Grosse Ulrichstrasse 41,** gegenüber Brummer & Benjamin, empfohlen. Da nur Erzeugnisse erster Firmen der Branche zum Verkauf kommen, so ist die beste Gewähr für einen besonders guten und preiswerten Einkauf gegeben. Umtausch n. d. Fest gestattet. 5 % Rabatt. 5 % Rabatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191012 07-19/fragment/page=0006

beste Mittel zur Bekämpfung der Schundliteratur ist, wird der Hallesche Dürerbund auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkte eine reiche Auswahl guter billiger Bücher — in erster Linie Jugendschriften im Preise von 2 Pf. an — zum Verkauf stellen. Für denjenigen, der sein Heim mit einem wohlfeilen, wirklich künstlerischen Bilde schmücken will, werden Künstlerreinzeichnungen im Preise von 1 Mk. an in großer, jedem Geschmack etwas bietender Auswahl feilgeboten werden. — Die Bestrebung des Dürerbundes ist anzuerkennen. Wir brauchen wohl nicht näher darauf hinweisen, daß selbstverständlich die Volksbuchhandlung, Harz 42-43, gute Schriften für die Jugend und Erwachsene in reichster Auswahl vorrätig hält. Auch von ihr wird an der Verdrängung der Schundliteratur nach Kräften mitgearbeitet.

* **Verein Gesundheitspflege e. V.** Am Mittwoch, den 7. ds., abends 8½ Uhr, findet in der Thalhalle, Gr. Ulrichstraße 36, eine Versammlung statt, in der über das Gesetz gegen Mißstände im Heilgewerbe, sowie über die Fleischnot referiert werden soll. Gäste haben freien Zutritt.

* **Das Hallesche Adreßbuch für 1911 ist soeben erschienen** und gelangt von heute ab bis einschließlich Sonnabend, den 10. d. M., in der Expedition, Rathausstraße 8-9, von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe. Von den Vorbestellern kann das Adreßbuch gegen Aushändigung der ihnen zugegangenen Legitimationskarte zum Vorbestellpreise von 4 Mk. in Empfang genommen werden. Von Montag, dem 12. d. M., ab beginnt die Zustellung der noch abgeholten Exemplare gegen eine Uebersendungsgebühr von 10 Pf. pro Exemplar. — Der neue Jahrgang weist inhaltlich so zahlreiche Veränderungen in seinem Adreßmaterial auf, daß hierdurch ein von dem vorjährigen völlig abweichendes Nachschlagewerk entstanden ist. — Der Verkauf nicht vorbestellter Exemplare zum Ladenpreise von 5 Mk. findet nur in der Ausgabestelle der Redaktion, Große Steinstraße 11, statt.

* **Stadttheater.** Zu der Mittwoch zum ersten Male in Szene gehenden literarisch äußerst wertvollen Novität Der Stier von Olivera von Heinrich Lilienfein haben die Vorzugskarten der Literarischen Gesellschaft Gültigkeit. Donnerstag: Einakterabend: Die Heuschrecke (Schwank), Sonne und Erde (Ballett) und Brüderlein fein (Operette). Freitag: Der Stier von Olivera. Sonnabend: Mignon, zweites Gastspiel der Kammersängerin Frl. Albine Nagel. Sonntag abend bei vollständig aufgehobenem Abonnement: Der Graf von Luxemburg. Die Billetts zu dieser Vorstellung sind schon jetzt an der Kasse zusätzlich Vorbestellgebühr erhältlich.

* **Drittes Sinfonie-Konzert des Stadttheater-Orchesters.** Es sei nochmals auf den morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, unter Leitung von Eduard Mörike und unter Mitwirkung der Kammersängerin Frau Helene Staegemann stattfindenden Sinfonie-Abend hingewiesen. Kartenvorverkauf in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

* **Apollo-Theater.** Das Dezember-Programm bringt uns in dem Gastspiel der Ten-Ka-Truppe eine Attraktion, die man als ganz außergewöhnlich bezeichnen muß. Kinder des Landes der aufgehenden Sonne, schlitzäugige Japaner sind es, die uns mit den eigenartigen Zauberkünsten ihres Heimatlandes bekanntmachen. Den Höhepunkt ihrer Vorführungen bilden die Japanischen Wasserspiele, einer geheimnisvollen Produktion. Selbstredend übt dieses Gastspiel eine ganz außerordentliche Zugkraft aus.

* **Walhalla-Theater.** Die Familienvorstellung am Mittwoch nachmittag bringt außer dem Auftreten des Wunder-Schimpansen Grete, Perzinas urkomisches und lehrreiches zoologisches Dressur-Potpourri.

* **7½ Prozent Dividende zahlt, wie im Vorjahre, die Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen von F. Zimmermann u. Ko. ihren Aktionären.**

* **Bigamie.** Der aus Halle stammende und in Emden wohnende Bergmann Gustav Stürmer ist wegen Bigamie verhaftet worden. Der Mann war nach Emden gekommen und hatte sich daselbst als Hausierer unter dem Namen Mobrack niedergelassen und verheiratet. Er hat diesen Namen, ohne entdeckt zu werden, auch vor Gericht, sowohl als Zeuge als auch als Angeklagter, verschiedene Male anstandslos geführt und jetzt erst hat ein Zufall zu der Entdeckung seiner doppelten Rolle geführt. Ob seine Emdener Ehehälfte davon gewußt hat, ist noch nicht festgestellt.

* **Eine ernste Verletzung erlitt heute vormittag** der bei dem Spediteur Schreiber beschäftigte Geschirrführer Laue. Sein Pferd schlug aus und verletzte ihn am Beine so, daß er ärztliche Hilfe zugziehen mußte.

Bölnitz. In bitterer Notlage hat ein hiesiger kleiner Gärtner, der sich mit seiner Familie kümmerlich durchschlägt, eine Anzahl Betrügereien begangen, weshalb er vor dem Schöffengericht unter Anklage stand. Er hatte im Frühjahr in der Deutschen Tageszeitung, in den Leipziger Neuesten Nachrichten, in der Geflügelwelt usw. „allerbeste Rosen in Prachtsorten" inseriert und den Restkunden unter falschen Angaben Nachnahmebeträge abgenommen. Die bestellten Rosen zu schicken, war er nicht in der Lage. Die Inserate hat er den Zeitungen nicht bezahlt. Früher hat er schon einmal ein ähnliches Manöver gemacht, weshalb er von dem Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, von der Berufungsstrafkammer aber freigesprochen wurde. Er gab vor Gericht an, er habe sich in großer Not ein paar Groschen verschaffen müssen, da Frau und Kinder krank waren. Es handelte sich in 20 Fällen um Geldbeträge von 2,00 bis 2,50 Mk. Beantragt wurden gegen den Angeklagten sechs Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf einen Monat solcher Strafe.

Gerichtssaal.

Strafkammer für Jugendliche.

Halle, 8. Dezember.

Erfolg mit seiner Berufung hatte ein jugendlicher Radfahrer aus Mansfeld, der am 8. Juni d. J. ein kleines Mädchen überfahren hatte. Das verletzte Kind, das in der Unglückszeit seine Augen auf ein Stück Kuchen gerichtet hatte, zog sich ein Knöchelbruch zu und der unvorsichtige Fahrer wurde von dem zuständigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt. Die Strafkammer kam zur Freisprechung, da das Geschehnis nur infolge eines unglücklichen Zufalles passiert ist.

Wegen Urkundenfälschung und versuchten Betrugs war ein 16jähriger Schlosserlehrling von Merseburg angeklagt. Der junge Mann lernte dort Chauffeur und wollte in seine Heimat nach Sachsen zurück. Da er keine Barmittel besaß, versuchte er, sich unter falschen Angaben Reisegeld zu verschaffen. Er wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt. — Desgleichen Vergehens sollte sich ein 17jähriger Handlungslehrling von hier schuldig gemacht haben. Er verschaffte sich durch falsche Urkunden Provision und wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen einen 16jährigen Hausburschen von Delitzsch, der an seiner noch nicht 14jährigen Schwester unzüchtige Handlungen vorgenommen haben soll. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Eine Schreibmaschine bauen wollten sich zwei junge Leute, die in der Deutsch-Amerikanischen Werkzeugmaschinenfabrik beschäftigt waren. Sie entwendeten Maschinenteile und Werkzeuge und waren deshalb wegen Diebstahls angeklagt. Der eine Täter befindet sich im Rückfalle, da er schon öfter vorbestraft ist. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, während der bisher nicht bestrafte Mitangeklagte mit einer Woche davon kam.

Wegen Unzucht, Zuhälterei, Diebstahls und Hehlerei waren die 23jährige, mehrfach vorbestrafte Minna Knöchel, der 20jährige Arbeiter Richard Schneider und ein jugendlicher Arbeiter von hier angeklagt. Die Knöchel, die auch schon wegen Gewerbsunzucht vorbestraft ist, hatte die beiden Mitangeklagten an sich gelockt und den Schneider als Zuhälter benutzt. Dieser erhielt auch Gelder für seine Tätigkeit. In der Nacht vom 29. zum 30. August hatte die Knöchel auf ihrem Ausgang einem Maurer bei einer traulichen Zusammenkunft 80 Mk. abgenommen. Von diesem Gelde erhielt außer Schneider auch der Jugendliche einen Betrag, weshalb der junge Mensch wegen Hehlerei angeklagt war. Die Verhandlung entzog sich wegen Sittengefährdung der Oeffentlichkeit und endete mit dem Ergebnis: Die Knöchel wird wegen Diebstahls und Gewerbsunzucht zu einem Jahre Zuchthaus, drei Wochen Haft verurteilt und nach Verbüßung der Strafen der Landespolizei überwiesen; Schneider wird wegen Zuhälterei und Hehlerei zu acht Monaten und der Jugendliche wegen Hehlerei zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Knöchel und Schneider wurden sofort in Haft genommen.

Schöffengericht.

Die Polterabendsunfälle, am Abend vor der Hochzeit vor dem Hause des Brautpaares allerhand alte Topfscherben zu zertrümmern, brachte einer Arbeiterfrau von hier eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung ein. Am betreffenden Abend hatten sich Kinder und Erwachsene mit allen, in der Nachbarschaft zusammengeholten Flaschen- und Topfkram derartig intensiv an dem Poltern beteiligt, daß es schließlich nicht bloß dem Brautpaar, sondern auch anderen Personen zu bunt wurde. Die angeklagte Frau, die die Scherben fortzuschaffen hatte, wurde schließlich über das immer wieder beginnende Gepolter wütend, nahm einen Scherben und warf damit nach den Kindern, wobei sie ein kleines Mädchen an der Hand verletzte. Das Kind wurde verbunden von einem Arzt behandelt und hat sonst keine dauernd nachteilige Folgen gehabt. Die Angeklagte, die die Tat nur versehentlich begangen haben will, wurde zu einer Geldstrafe von 3 Mk. verurteilt. Beantragt waren 20 Mk. Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Arbeitskammern und Handlungsgehilfen.

Der Arbeitskammergesetzentwurf enthält nach den Beschlüssen der Reichstagskommission die Bestimmung, daß die technischen Angestellten in das Gesetz einbezogen und für sie besondere Abteilungen gebildet werden sollen. Dagegen hat es die Reichstagskommission abgelehnt, auch für Handlungsgehilfen derartige Vorschriften vorzusehen, obwohl dies vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen, vom Verein für Handlungskommis von 1858, von der Allgemeinen Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen und vom Verein der Deutschen Kaufleute gewünscht wird. — Neuerdings haben nun eine Anzahl Versammlungen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen sich wieder mit der Sache befaßt und dem Reichstage folgende Entschließung zugehen lassen:

„Die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands einberufene Versammlung begrüßt es, daß die technischen Angestellten nach den Beschlüssen der Reichstagskommission grundsätzlich eine besondere Vertretung durch das Arbeitskammergesetz erhalten sollen; die Versammlung protestiert aber mit Entschiedenheit dagegen, daß für kaufmännische Angestellte derartige Kammern nicht geschaffen werden sollen. Eine derartige Benachteiligung der Handlungsgehilfen ist durch nichts gerechtfertigt. Die kaufmännischen Angestellten empfinden es seit langem als eine bittere Ungerechtigkeit, daß zwar die Prinzipale ihre Interessenvertretungen in den Handelskammern haben, daß aber den Handlungsgehilfen noch immer eine staatlich anerkannte Vertretung verweigert wird. Die Handlungsgehilfen haben es satt, fortwährend damit vertröstet zu werden, daß für sie später etwas geschaffen werden soll. Mit solchen Vertröstungen sind die kaufmännischen Angestellten in verschiedenen Fragen schon so lange abgespeist worden, daß sie dazu keinerlei Vertrauen haben. Die Versammlung wünscht in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der kaufmännischen Angestellten, daß für die Handlungsgehilfen durch das Arbeitskammergesetz besondere Kammern geschaffen werden.

Aus den Nachbarkreisen.

Mansfelder Bergarbeiterstreik und Reichsgericht.

Die Strafkammer in Eisleben hatte am 17. Januar die Bergleute Karl und Gustav Bösel und Karl Fahrenbruch jeden nach § 152 und 153 der Gew.-O. im unselbständigen Zusammenhange mit öffentlicher Beleidigung, Karl Bösel auch im unselbständigen Zusammenhang mit Bedrohung verurteilt und zwar Karl B. zu 4 Monaten, Gustav B. und F. zu je drei Monaten Gefängnis.

Am 14. April hob das Reichsgericht das Urteil auf, weil Gesetzeskonkurrenz zwischen den erwähnten Paragraphen der Gewerbeordnung sowie den Bestimmungen des Strafgesetzes über Beleidigung und Nötigung unzulässig sei. In der neuen Verhandlung am 20. Juni hat die Strafkammer die Verurteilung aus der Gewerbeordnung in Wegfall gebracht, aber auf dieselben Strafen wie früher erkannt.

Die von den Angeklagten gegen das neue Urteil eingelegte Revision wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

Eisleben. Der Lehrer und seine frühere Schülerin. Eine schmutzige Affaire bildet den Hintergrund für eine vor den Leipziger Geschworenen stattgefundene Gerichtsverhandlung gegen den 46 Jahre alten Maurer Gustav Emil Weiser aus Dürrenebersdorf und den 30 Jahre alten Maschinenarbeiter Richard Hugo Fiedler aus Unterneßa, die des Zeugenmeineids angeklagt waren. Vor einiger Zeit wurden, wie das Wöhlitzblatt schon berichtet hat, das Malerehepaar Zschopeck in Böhlitz-Ehrenberg und Weiser wegen Erpressungen, denen der Lehrer Max Köthe in Eisleben zum Opfer gefallen war, zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt.

Es ist in jener Strafkammersitzung festgestellt worden, daß der Lehrer Köthe die Frau Zschopeck, seine frühere Schülerin, mit unsittlichen Anträgen verfolgt und sie eines Tages in ihrer Wohnung besucht hat. Der Ehemann Zschopeck, der davon Kenntnis erhielt, wollte den Lehrer verprügeln; er stand jedoch davon ab, nachdem ihm der Lehrer Geldversprechungen gemacht hatte, wenn er schweigen würde. In der Folgezeit hat das Ehepaar ganz erhebliche Summen aus dem Lehrer herauspressen, bis dieser der Atem ausging und sich weigerte, noch weitere Zahlungen zu leisten. Aber Zschopeck setzte nun Wechsel in Umlauf und schrieb darauf Köthes Namen. Als Köthe sich beim Präsentieren der Wechsel weigerte, sie einzulösen, strengte die jeweilige Besitzerin der Wechsel, eine Frau Müller, gegen den Lehrer die Wechselklage an. In der Verhandlung dieser Klage haben die Angeklagten der Wahrheit zuwider beschworen, sie seien dabei gewesen, als auf dem Bahnhof in Halle der Lehrer Köthe dem Maler Zschopeck mündlich Vollmacht gegeben habe, er könne auf seinen Namen Wechsel bis zur Höhe von 3000 Mk. in Umlauf setzen. Die Sache der Angeklagten stand schlecht, denn es ging aus einer Anzahl von Briefen Zschopecks an den Lehrer hervor, daß ein solches Abkommen kaum getroffen worden sein konnte. In all diesen Briefen droht Zschopeck dem Lehrer, er werde ihn in Eisleben unmöglich machen und ihm seine Familie auf den Hals schicken, wenn er nicht Geld sende; aber niemals ist in den Briefen von dem Abkommen die Rede. Auch der Umstand spricht gegen das Vorhandensein des Abkommens, daß Zschopeck dem Lehrer seine Wirtschaft verpfändet hat gegen Uebernahme eines Wechsels.

Die Geschworenen sprachen die Angeklagten des Meineids schuldig, worauf Weiser einschließlich der ihm wegen Erpressung bereits zuerkannten Strafe zu insgesamt vier Jahren Zuchthaus und Fiedler zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Beiden Verurteilten wurden die Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt und außerdem wurden sie für dauernd unfähig erklärt, als Zeugen oder Sachverständige vernommen zu werden.

Mansfeld. Gehaltserhöhungen für die Beamten. Nicht erlahmt mit Eingaben an höhere Behörden und mit Einflüsterungen bei den in Demut ersterbenden Stadtverordneten sind unsere städtischen Beamten. Nach zweimaliger Ablehnung ihrer Forderungen lehnen sie jetzt, zum dritten Male innerhalb eines Jahres wieder, trotzdem sie wissen, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch der kleine Geschäftsmann unter den 265 Prozent Steuerzuschlägen ächzt und seufzt. Die Herren kannten eben ihre Pappenheimer. Mit 6 gegen 5 Stimmen wurden in der letzten geheimen Stadtverordneten-Sitzung ihre, von der Regierung befürworteten Forderungen bewilligt. Inklusive Nebeneinnahmen bezieht nunmehr der Stadtkämmerer ein Gehalt von über 2500 Mark und der Polizeisergeant von über 2000 Mark. Jedenfalls wird nun auch der Stadtverordnete Martin in einer der nächsten Sitzungen zum vierten Male kommen und eine Verbesserung für den Bürgermeister verlangen. Mit der Mehrheit stimmten auch die beiden von der Arbeiterschaft und den kleinen Geschäftsleuten gewählten Stadtverordneten Brandt und Lumpert, entgegengesetzt ihren bei ihrer Wahl gemachten Versprechungen. Die Wähler werden sich das merken.

Torgau. Eine Schifferschule. Die städtischen Körperschaften haben auf dahin gestellten Antrag beschlossen, auch in Torgau eine Schifferschule zu errichten. Der Unterricht an der Anstalt soll erstmalig am 15. Dezember d. J. beginnen und zehn Wochen dauern, alle Mitte Februar nächsten Jahres beendet sein. Das von den Teilnehmern vorweg zu entrichtende Schulgeld soll für die Dauer des zehnwöchigen Kursus 5 Mk. betragen. Anmeldungen zur Teilnahme an diesem Unterricht sind baldigst und spätestens bis zum 10. Dezember bei dem Schulleiter, Rektor Henze, zu bewirken.

Oberheldrungen. Verunreinigung der Unstrut, Saale und Elbe. Die Gewerkschaft Walter will in der Gemarkung Hauteroda eine Chlorkaliumfabrik zur Verarbeitung von vorläufig verfrachtet 4000 Doppelzentner Kalisalz errichten. Die hierbei entstehenden Endlaugen sollen mittels einer zu schaffenden Verbindungsleitung durch die Endlaugenleitung der Gewerkschaft Heldrungen 2 in die Unstrut geleitet werden. Da die Abwässer dann in die Elbe gelangen und den schon hohen Salzgehalt des Wassers derselben noch erhöhen würden, so hat der Magdeburger Schiffahrtsverein beim Landrat des Kreises Kölleda im Interesse der Elbschiffahrt gegen die Anlage Einspruch erhoben. Er begründet diesen Einspruch damit, daß durch die Erhöhung des Salzgehalts das Elbwasser ungenießbar wird, und daß u. a. die Erhöhung des Salzgehalts auch seine Benutzung als Speisewasser für die Kessel der Dampfer ausschließe, weil dadurch die Bildung von Kesselstein hervorgerufen werde und das stark salzhaltige Wasser zerstörend auf die Flanschen der Speiseleitungen und auf die Kesselwandungen einwirke. Die Konzessionierung dürfte nur unter der Bedingung erfolgen, daß die Abwässer vor ihrer Einführung in die Unstrut von ihrem Salzgehalt auf geeignete Weise befreit werden.

Mühlberg. Wo bleibt die Strompolizei? Zu den Gesetzen, die erlassen sind, um nicht befolgt zu werden, und deren Mißachtung straflos bleibt — Ausnahmen, wenn es deren gibt, bestätigen die Regel —, gehört auch die strompolizeiliche Bestimmung über die Bemannung der Binnenfahrzeuge. Je nach der Größe der Kähne steigt die Zahl der geforderten schiffahrtskundigen Besatzung. Aber nur in den allerseltensten Fällen wird dieser Bestimmung Rechnung getragen. Aus der Mißachtung dieser Bestimmung ergibt sich für die Boots- und Steuerleute natürlich eine Reihe von schwerwiegenden Nachteilen. Einige hundert Bootsleute könnten mehr beschäftigt werden, wenn die Strompolizei so gut sein wollte und die Durchführung ihrer Vorschrift überwachte. Einige hundert Boots- und Steuerleute, die heute die Obliegenheiten der fehlenden Mannschaften mit erfüllen müssen und denen dadurch die Arbeit zur Hölle wird, könnten einmal wieder aufatmen und sich als Mensch fühlen, wenn die Strompolizei ihre Pflicht erfüllte. Daß eine ungenügende Besatzung auch Havarien veranlassen und Ladung und Menschenleben in Gefahr bringen kann, versteht sich am Rande.

Das Organ des Transportarbeiter-Verbandes führt nachstehenden Fall als Beweis dafür an, daß Menschenleben aber auch ohne direkte Havarie gefährdet sind, wenn die Besatzung ungenügend ist. Der Steuermann Heinrich Schoch aus Mühlberg ertrank, als er im Begriff war, mit seinem Fahrzeug die Reise vom Brottewitzer Graben fortzusetzen. Er wäre bei sachgemäßer Hilfe vielleicht zu retten gewesen. Aber auf dem Kahn befand sich außer dem Ertrunkenen nur noch ein schiffahrtsunkundiger Mann. Dieser, der erst seit diesem Frühjahr auf Schiffahrt ist, wußte sich aber selbst nicht zu helfen. Wären, wie es strompolizeiliche Vorschrift ist, noch zwei schiffahrtskundige Männer an Bord gewesen, so hätte der eine mit dem kleinen Kahn einen Rettungsversuch machen können, unterdes der andere die Obhut des großen Kahns übernahm. Der Kahn gehört der Firma Dicke u. Busse. Ob der Strommeister dieser Firma auf den Leib rücken wird? — —

Allerlei.

Das Verbrechen einer kinderlosen Frau.

Von einem ebenso furchtbaren wie eigenartigen Verbrechen wird dem Giornale d'Italia aus Catania berichtet. Vor den dortigen Assisen wird ein Prozeß verhandelt, in dem sich ein Ehepaar Nicotra wegen Mordes verantworten muß. Im Februar 1908 wurde nachts in einem Landhause in Trecastagni ein gewisser Barbagallo geweckt und von unbekannter Stimme aufgefordert, sich zu seinem schwerkranken Vater zu begeben. Der Mann machte sich sofort auf den Weg, fand aber seinen Vater in voller Gesundheit. Sofort tauchte in ihm Sorge um seine Frau auf, und bei seiner Rückkehr fand er wirklich die Unglückliche in einer Blutlache auf. Sie war durch einen Beilhieb in den Nacken getötet worden. Die Wiege des Säuglings war leer. Die Justiz, die bekanntlich eine Binde vor den Augen hat, verhaftete zunächst den unglücklichen Gatten und nahm Eifersucht als Motiv der Tat an. Durch Zufall kam man aber dahinter, daß in der Nacht der Mordtat eine Hebamme zu dem Ehepaar Nicotra gerufen worden war, um der Frau bei der Niederkunft beizustehen. Sie fand aber schon ein kleines Kind vor, und der Mann sagte ihr, daß seine Frau soeben geboren hätte. Die „Wöchnerin" verweigerte es, sich einer Untersuchung zu unterziehen. Das angeblich neugeborene Kind wies eine schon verheilte Nabelwunde auf. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Nicotra überhaupt nie geboren hat, und daß das Kind der ermordeten Frau des Barbagallo gehörte. Das kinderlose Ehepaar behauptete zunächst, gemeinsam mit dem Barbagallo dessen Frau ermordet zu haben. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern, da der Witwer der Ermordeten als Privatkläger auftritt und die Angeklagten drei Verteidiger haben.

Neuerdings wird große Reklame gemacht

für eine Spezialität sehr teurer Katarrh-Bonbons, weshalb es angebracht erscheint, auf ein unvergleichlich billigeres und dabei vorzügliches Katarrh-Vorbeugungs- und Linderungsmittel hinzuweisen: es sind dies die ausgezeichneten Indra-Katarrh-Bonbons der bekannten Firma Konfitüren-Gentsch, Päckchen 20 Pfg., die in jeder Gentsch-Filiale (18 in Halle a. S.) zu haben sind; Hauptgeschäft Albrechtstr. 46, Ecke Geiststr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0007

Wittenberg.
Gesellschaftshaus
Sonnabend d. 10. Dezbr.:
Nur einmaliges Gastspiel der Schauspiel-Tournee Kasernenluft
„Kasernenluft.“
Militärisches Volksstück i. 4 Akten von Martin Stein und Ernst Söhngen.
In fast allen Städten Deutschlands mit großem Erfolge aufgeführt.
Alleiniges Aufführungsrecht für Wittenberg.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8¼ Uhr.

Nussknacker
in Holz u. Metall bei
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Reeller
Ausverkauf
wegen Geschäftsaufgabe,
— wirklich günstig —
Ringe, Broschen, Armbänder, Colliers, Uhrketten, Medaillons, Manschettenknöpfe und viele andere Weihnachtsgeschenke, im früheren **Reinholdschen Juwelier-Laden**, nur
Geiststrasse 46 neben Bäckerei Häsel.

Billige Winter-Angebote:

Strickjacken für Männer		2.00 und 1.80
Strickwesten für Männer	von 11.50 bis	2.20
Walkjacken, braun und blau	von 4.50 bis	2.75
Strickwesten für Damen	von 5.25 bis	1.50
Schulterkragen, wollene, gestrickte	von 5.75 bis	3.25
Damenstrümpfe, deutsch lang, schwarz	Paar	95, 65 Pf.
Damenstrümpfe, englisch lang, nahtlos	Paar	2.00, 1.25
Herrensocken, derbe Qualität	Paar	95, 50 Pf.
Kinderstrümpfe, schwarz und farbig, in Riesensortimenten.		
Damen-Stoffhandschuhe, extra billig	Paar	25 Pf.
Damen-Trikothandschuhe, extra billig	Paar	30 Pf.
Damen-Trikothandschuhe, bessere Qual.	Paar	75, 50 Pf.
Damen-Strickhandschuhe	Paar	80, 50 Pf.
Damen-Strickhandschuhe, bunt, extra billig	Paar	65 Pf.
Herren-Handschuhe, Kinder-Handschuhe und **Fäustel** in grossen Sortimenten zu billigsten Preisen.		
Pulswärmer, Kniewärmer, Lungenschützer, Fußschlupfer.		

Herren-Normalhemden	von 5.50 bis	95 Pf.
Herren-Normaljacken	von 3.75 bis	1.50
Herren-Normalhosen	von 4.50 bis	1.50
Damen-Normalhemden, Jacken und Beinkleider,		
Normal-Leibhöschen für Kinder	von	85 Pf. an
Kinderhöschen zum Anknöpfen	von	90 Pf. an
Barchent-Hemden für Männer, bunt	von 2.35 bis	1.15
Barchent-Hosen für Männer	von 2.25 bis	1.75
Barchent-Hemden für Frauen, bunt	von 2.25 bis	95 Pf.
Barchent-Hemden für Frauen, weiss	von 2.35 bis	1.25
Barchent-Hosen für Frauen, weiss	von 2.30 bis	1.00
Barchent-Nachtjacken, bunt	von 2.00 bis	98 Pf.
Barchent-Nachtjacken, weiss	von 2.25 bis	95 Pf.
Barchent-Unterröcke	von 2.50 bis	1.25
Barchent-Bettücher, neue Muster	von 2.85 bis	1.20
Barchent-Bettücher, weiss, mit Kante	von 3.35 bis	90 Pf.
Baumw. Schlafdecken, glatt u. gemust.	von 5.00 bis	90 Pf.

Nur erprobte, solide Qualitäten in vielseitiger Auswahl.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Drei Könige,
Kleine Klausstrasse 7.
Spezial-Gerichte
von **40 Pf.** an.

Puppenschaukeln
empfiehlt
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Schaffnerfilzstiefel,
getragen, aber sehr gut erhalt. verkaufe zu jedem Preis, um mein großes Lager zu räumen.
J. Sternlicht,
Alter Markt. Tel. 1946.

Große Trumeaux
mit geschliff. Kristallglas 55 u. 60 ℳ, Pfeilerspiegel 13, 15, 17 bis 24 ℳ, Pfeilerschränke 21 u. 30 ℳ, Stühle, Steg- u. Ausziehtische verk. sehr bill.
Max Jungblut,
Albrechtstraße 43.

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Welche Garantie ?
bietet Ihnen
Knäusels Tafel-Kaiserin
— Margarine. —
Zur Verwendung
kommen nur die reinsten, feinsten, edelsten Rohmaterialien, welche trotz größter Vorsicht stets ☞ vor Verwendung bei einem staatlich geprüften Nahrungsmittel-Chemiker sowie gerichtlich vereidigten Sachverständigen untersucht werden, ferner wird die ganze Fabrikation nur unter dessen Kontrolle vorgenommen. Für ein solches Fabrikat, welches gleichzeitig eine ganz besonders feine Qualität in sich bürgt, ist dann auch das Vertrauen von allen Seiten vorhanden.

☞ Es ist angebracht, das verehrte kaufende Publikum auf vorstehende Punkte besonders hinzuweisen, da bedauerlicher Weise eine andere Margarine-Fabrik, wohl nur um billig liefern zu können, billigere minderwertige Rohmaterialien — wie nachgewiesen — verwendete und, wie z. B. in Hamburg, dadurch das größte Unglück verursachte, wie allen Lesern bekannt.

Albert Knäusel.

Zu
praktischen
Weihnachts-Geschenken
empfehle in hervorragend schöner Auswahl zu wirklich billigen Preisen:

Pelz-Colliers — **Pelz-Stolas**
Pelz-Kragen — **Pelz-Muffen**
in allen modernen Pelzarten,
Sch[illegible] Kanin, Nerz-Murmel, usw. — Mufflon, Sealkanin, Tibet-Griesfuchs usw.
Preise: 1^00^ 1^30^ 6^00^ 7^50^ 10^00^ 18^00^ 21^00^ 25^00^ 2^00^ 3^00^ 4^25^ 12^50^ 15^00^ 16^50^ bis 45^00^ Mk.
Neuheiten in Kinder-Garnituren von 1.00 an.

Alex Michel,
Halle a. S., Marktplatz 18, Ecke Kleinschmieden.
Mitgl. d. Rabatt-Spar-Ver. zu Halle a. S.

Nach Beendigung des Umbaues
meines bedeutend vergrößerten Geschäftslokals sind mit heutigem Tage
grosse Posten vorzügl. Waren
in feinster Qualität zu billigstem Preise eingetroffen.

ff. Steinpilze 2 Pfd.-Dose	**105** Pf.	**Zwiebeln** 3 Pfd. **10** Pf.
ff. Steinpilze 1 Pfd.-Dose	**58** Pf.	**Zitronen** 3 Stück **10** Pf.
ff. Pfifferlinge 2 Pfd.-Dose	**58** Pf.	**Vollheringe** 6 Stück **25** Pf.
ff. Pfifferlinge 4 Pfd.-Dose	**108** Pf.	**Gebr. Gerste** 1 Pfd. **14** Pf.
Jung. Kohlrabi 2 Pfd.-Dose	**34** Pf.	**Apfelwein** 1 Flasche (inkl.) **26** Pf.
Jung. Kohlrabi 4 Pfd.-Dose	**65** Pf.	**Samos** Flasche (inkl.) **78** Pf.

Med.-Blutwein
von dem im Laden aufgelegten ca. 1000 Liter-Faß Flasche **78** Pf.
Zündhölzer
10 Schachteln im Paket, Paket **23** Pf. 100 Pakete **22** Mk.
Kakao (gar. rein)
Pfund 80, 100, 120, 140 Pf., nach holl. Art 200, 240, 260 Pf.
Schokolade,
gar. rein, wohlschmeckend große Tafel **14** Pf. Pfund **68** Pf.

Ernst Weinhold
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.
Telefon 1098. **Rathausstrasse 6,** am Markt.

Meyers, Brockhaus'
Lexikon, wertvolle Bücher jed. Art
kauft M. Hannemann, Berlin, Kurfürstenstr. 170. Angebote erbeten.

Zählmaschinen
für Kinder bei
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Frost-Seife
gegen Frost an Händen u. Füßen, Topf 25 und 50 Pfennig, empfiehlt die Drogerie
Max Rädler, Nannischestraße 2, Ecke Sternstraße.

Prima **Schaft-Stiefel** (Handarbeit), **Schuhe, Pantoffeln** u. **Filzschuhe** aller Art, **Arbeits-Hosen, Anzüge, Hemden, Strickjacken, Winterjoppen, Bettfedern** billig zu verkaufen.
Kleffel, Herrenstr. 20.

Um zu räumen: 1 Posten garnierte
Damenhüte,
früher 15, 12, 10 ℳ, jetzt 6, 4, 3 ℳ
Hutfassons z. außergew. bill. Preis.
Schmeerstr. 5, I, Vorderhaus.

Stempel
in Kautschuk aller Art billigst.
Th. Löbelling Nachf., Schmeerstr. 15.

Vom 6. bis 1[illegible] Dezember:
Gelegenheitskäufe
in **Spitzen, Besätzen, Borten** und [illegible]uren.
M. Pirschky Nachf., Zwingerstr. 29.

An Vertreter, Händler!
lief. j. Garnit. **Dauerwäsche,** weiß u. bunt, bestehend aus Krag., Vorh. u. Manschetten zu ℳ 2,00, jedes 11. Stück grat. Ohne Kapital kann sich j. ein Versandh. einricht. Frau W. Schmidt, Essen-Ruhr, Königsteinerstr. 19.

Schreibtisch, Schreibsekretär, Schreibkommode 18, Bettst. m. Matr. 16 M., gepolst. Kinderstuhl b. z. verk. **Steinweg 52,** Hof, I.

Arbeitsmarkt
Offene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitung: **Deutsche Vakanzen-Post,** Esslingen a. N.

Zigarren-Hausarbeiter
für dauernde und lohnende Beschäftigung werd. angenommen bei **Ferd. Huhle, Zigarren-Fabrik, Leipzig, Humboldtstr. 15.**

Mittwoch
Schlachtefest.
Marie Böttcher,
Triftstraße 2.

Sozialismus
und
Genossenschaftsbewegung.
Von **Gertrud David.**
— Preis 50 Pfg. —
Zu beziehen durch sämtliche Austräger und die
Volksbuchhandlung

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 3. Dez. 5. Dezember 1910.

Aufgeboten: Maler Meißner und Emma Miedlig (Taubenstr. 4 und Zenkerstraße 16). Tischler Meißner und Meta Himmelreich (Diemitz und Zenkerstr. 2). Feilenschleifer Coccejus u. Emma Fuchs (Gößnitz und Torstraße 52). Arbeiter Flöthe und Berta Tielepape (Lauchstädterstr. 27). Arbeiter Eckert und E. Peiske (Canena u. Löbejün). Schmied Hagelweide u. L. Hagelweide (Halle a. S. und Magdeburg). Bergmann Hesse u. M. Michel (Allstedt). Heizer Naumann und A. Ballschuh (Fienstedt). Bahnarbeiter Bau u. Anna Binkau (Zebbitz u. Fernsdorf). Arbeiter Heyroth u. M. Reichwald (Edersleben).

Geboren: Lehrer Pfannschmidt aus Zwintschöna S. (Klinik). Geschirrführer Berthold T. (Kl. Sandberg 14). Beamten Leinke T. (Wolffstr. 3). Pfefferküchler Luschmann T. (Kleine Ulrichstraße 8). Geschirrführer Gerlach T. (Kleiner Sandberg 17). Lehrer Schramm T. (Röpzigerstr. 10). Stukkateur Bräter T. (Jakobstr. 19).

Gestorben: Elsa Ziehe, 21 J. (Alt. Markt 25). Privatmann Michaelis aus Magdeburg, 67 J. (Krukenbergstraße 27). Invalide Koch, 68 Jahre (Schimmelstraße 6). Bahnwärter Dick, 63 J. (Merseburgstraße 80). Arbeiters Renner T., 4 Mon. (Schimmelstraße 2). Arbeiters Dönicke T., 8 Monate (Gr. Brauhausstraße 19). Geschirrführers Wirth aus Dölau T., 2 J. (Klinik). Wwe. Hennicke geb. Meyer, 67 J. (Turmstr. 156). Witwe Elle geb. Pallas, 77 J. (Glauchaerstraße 68). Arbeiter Böttcher aus Prestewitz, 16 J. (Bergmannstrost). Vorarbeiters Meerbote aus Diemitz T., 14 J. (Klinik).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a). 5. Dezember.

Aufgeboten: Arbeiter Hübner u. Lina Städtler (Trothaerstr. 78 und Oppinerstraße 1). Gärtner Schumann und Ida Schubert (Greppin und Humboldtstr. 12).

Gestorben: Witwe Friederike Kießler, gb. Günther, 76 J. (Saalestraße 4). Wächters Büchner Ehefrau Marie geb. Becker aus Löbersdorf, 58 J. (Diakonissenh.). Maurers Schaaf Ehefrau Auguste geb. Fischer, 72 J. (Uhlandstr. 8). Schneidermeisters Herzberg Ehefrau, Henriette geb. Klepzig, 50 J. (Seebenerstr. 18a.) Martha Wilke, 18 J. (Petersbergstr. 1). Witwe Martha Hellmoldt geb. Oemisch, 31 J. (Königsberg 1). Tischlers Künstling Ehefrau Berta geb. Heicke, 66 J. (Fleischerstr. 39). Kgl. Grenzaufseher a. D. Böcke, 76 J. (Geiststr. 56). Verw. Oberbaurat Früh geb. Appuhn, 71 J. (Händelstr. 29). Rentiere v. Stankiewicz, 64 J. (Kronprinzenstr. 42).

Persil
das selbsttätige
Waschmittel
gibt blendend weisse Wäsche, ist garantiert unschädlich und billigst im Gebrauch.
Henkel & Co., Düsseldorf,
Henkel's Bleich-Soda

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Jlgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 286 — Halle a. S., Mittwoch den 7. Dezember 1910 — 21. Jahrg.

Ausschußsitzung
der
Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

G. Am 3. Dezember traten im Ständehause zu Merseburg die im vorigen Jahre neugewählten Ausschußmitglieder zur ordentlichen Jahressitzung zusammen. Dieselbe wurde von dem Landeshauptmann der Provinz Sachsen mit einer kurzen Begrüßung eröffnet. Nachdem wurde als Vorsitzender des Ausschusses für die nächsten fünf Jahre Herr Stadtrat Thiele-Merseburg gewählt. Als Stellvertreter fungiert seitens der Versicherten Herr Kiesewetter-Osterburg.

Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wurde hierauf von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Landesrat Mölle, kurz begründet. Derselbe wies auf die günstige Entwicklung der Anstalt sowie auf die Errichtung des Genesungsheims Rodberg bei Berka hin, dabei betonend, daß auch dieses Heim sich sehr gut entwickele und Beschwerden von den Pfleglingen nicht eingegangen seien. Nachdem erstattete der Vertreter der Versicherten, Junghans-Weißenfels, Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung und beantragte, dem Vorstande Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschah. Alsdann wurden zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1910 und des Voranschlages pro 1912 seitens der Arbeitgeber Kammersekretär Pöllnitz-Wernigerode, Stadtrat Thiele-Merseburg, sowie als Stellvertreter Landwirt Müller-Köthen, für die Versicherten Rendant Junghans-Weißenfels und als Stellvertreter Kontorist Boyde-Pouch gewählt.

Außer dem Geschäftsbericht lag der Sonder-Voranschlag über Einnahmen und Ausgaben der Heilstätte Schielo und der Haushaltsplan der Versicherungsanstalt pro 1911 gedruckt vor. Nach Beantwortung einiger Anfragen des Vertreters der Versicherten, Güldenberg-Halle a. S., durch den Vorstand, die in zufriedenstellender Weise erfolgten, wurden Einwendungen gegen den Voranschlag sowie den Haushaltsplan nicht erhoben. Im Anschluß hieran erstattete der Vertreter der Arbeitgeber, Landwirt Müller-Köthen, noch den Bericht über die vorgenommenen Besichtigungen resp. Revisionen der Heilstätte Schielo, die er in Gemeinschaft mit dem früheren Vertreter der Versicherten, Haberlag-Bernburg, sowie einem Mitgliede des Vorstandes vorgenommen habe. Beschwerden von Pfleglingen lagen auch hier nicht vor. Was die Privatpraxis des Chefarztes der Anstalt anbetreffe, so darf dieselbe sich nur auf Konsultationen erstrecken und im übrigen den Aerzten in der Umgegend keine Konkurrenz gemacht werden. Zur Besichtigung resp. Revision der Heilstätte Schielo wie des Genesungsheims Rodberg wurden gewählt: Für Schielo seitens der Arbeitgeber Landwirt Müller-Köthen, seitens der Versicherten Rendant Hellvoigt-Halberstadt. Für Rodberg seitens der Arbeitgeber Landrat v. Jacobi-Quedlinburg, seitens der Versicherten Arbeitersekretär Güldenberg-Halle a. S.

Zum Haushaltsplan wurde bei dem Kapitel: Unterstützung fremder Heilanstalten und vorbeugende Krankenfürsorge ein Antrag des Herrn Pöllnitz angenommen, wonach diejenigen Gemeinde-Krankenpflegestellen, die von der Anstalt jährlich mit 200 Mk. unterstützt wurden, von Zeit zu Zeit durch die Zeitungen bekannt gemacht werden sollen, damit die Versicherten Kenntnis davon erhalten, daß sie solche Pflegestellen ebenfalls in Anspruch nehmen können. Herr Landesrat Mölle wies auf den hohen Kostenpunkt derartiger Bekanntmachungen hin. Darauf betonte Herr Pöllnitz, daß auch ein Hinweis im lokalen Teil der Zeitungen genüge. Nachdem seitens der Versicherten Junghans-Weißenfels für den Antrag gesprochen und seitens Güldenberg-Halle die Veröffentlichung in den Blättern aller Parteirichtungen — also auch der Arbeiterblätter — gewünscht worden, gelangte der Antrag sodann zur Annahme. Bei dem Kapitel: Erhebungen bei Gewährung oder Entziehung von Renten usw. beantragte Herr Pöllnitz eine Vereinfachung des Verfahrens bei der unteren Verwaltungsbehörde. Der Antrag ging dahin, die Versicherungsanstalt möge eine Abänderung der preußischen ministeriellen Anweisung betr. dem Verfahren vor der unteren Verwaltungsbehörde dahingehend anstreben, daß in allen Fällen, wo der Vorstand sich bereits für die Rentenbewilligung ausgesprochen, oder wo nach den gesetzlichen Bestimmungen wegen Nichterfüllung der Anwartschaft eine Ablehnung der Rente erfolgen müsse, von der Zuziehung der Beisitzer vor der unteren Verwaltungsbehörde abzusehen wäre. Dadurch würde das Verfahren beschleunigt. Für eine Beschleunigung des Verfahrens trat auch der Vertreter der Versicherten Schaper-Großottersleben ein. Der Antrag fand ebenfalls Annahme.

Interessant bei dieser Debatte waren die Ausführungen des Herrn Landesrats Mölle insofern, als die Versicherungsanstalt bei Rentenanträgen auch die Kosten des Gutachtens des behandelnden Arztes übernimmt. Dies mögen die Versicherten berücksichtigen.

Nachdem wurden Vorlagen betreffs Anschluß des Erholungsheims Rodberg an die Wasserleitung zu Berka, Erwerb eines Grundstückes bei Rodberg zur Errichtung eines Invalidenheims sowie der Bau eines Eishauses für die Heilstätte zu Schielo gutgeheißen. Die Errichtung eines eigenen Invalidenheims wurde namentlich von Güldenberg-Halle begrüßt und von ihm der Wunsch ausgesprochen, daß man nach Errichtung desselben die alten Leute zunächst aus solchen Anstalten resp. Siechenhäusern herausnehmen möge, wo die Verpflegung usw. zu wünschen übrig lasse. Im weiteren möge man die eventl. Errichtung eines zweiten Invalidenheims im Harz ins Auge fassen, zumal die Thüringer Anstalt auch mehrere gut geleitete Invalidenheime besitze. Bemerkenswert hierzu wäre noch, daß die Versicherungsanstalt den alten, sich in Invalidenhauspflege befindlichen Leuten alljährlich einmal die Reisekosten zum Besuch ihrer Verwandten bewilligt.

Ein sehr wichtiger Punkt der Tagesordnung war dann noch die Stellungnahme zum Bau eines eigenen Geschäftsgebäudes für die Versicherungsanstalt. Die Begründung übernahm Herr Landesrat Mölle. Derselbe schilderte die Entwicklung der Anstalt von Inkrafttreten des Gesetzes an und wies auf die Vermehrung der Verwaltungsgeschäfte von Jahr zu Jahr hin. Durch Uebernahme der Invalidenfürsorge, sowie der in Aussicht stehenden Hinterbliebenenfürsorge nach der Reichsversicherungsordnung würden die Arbeiten sich erheblich vermehren. Dazu reichten aber die jetzigen Räume (ein Gebäude des Provinzialausschusses, sowie Mietsgebäude) nicht aus und deshalb möge man die Erbauung eines eigenen Geschäftsgebäudes beschließen. Um die vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, wurde eine Kommission gewählt, der vom Ausschuß vier Vertreter angehören. Für die Arbeitgeber wurden bestimmt Landrat von Jacobi-Quedlinburg, Zimmermeister Hamme-Wanzleben, für die Versicherten Güldenberg-Halle und Kiesewetter-Osterburg. (Nach Schluß der Sitzung besichtigte ein Teil der Ausschußmitglieder die jetzigen Gebäude und überzeugten sich davon, daß dieselben bei weitem nicht mehr ausreichen.)

Bekanntlich hat das Reichsversicherungsamt im Mai d. J. einen Erlaß herausgegeben, wonach auf tunlichste Beschränkung aller durch das Invalidenversicherungsgesetz nicht unmittelbar vorgeschriebenen Ausgaben Bedacht zu nehmen sei. Dies gelte nicht allein von den allgemeinen Verwaltungskosten, sondern auch von den Kosten des Heilverfahrens. Ferner sollte bei Gewährung von Darlehen, also auch bei solchen für das Arbeiterwohnungswesen, der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes Rechnung getragen werden und Darlehen unter 3½ Prozent Verzinsung nicht mehr hergegeben werden. Dem Ausschuß lag nun folgender Antrag der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt vor: „Der Ausschuß wolle den Vorstand ermächtigen, bei dem Reichs-Versicherungsamt unter eingehender Darlegung der Gründe die Genehmigung nachzusuchen, den Baugenossenschaften, eventl. unter ausdrücklicher Zustimmung des Reichs-Versicherungsamts zu jedem einzelnen Fall, auf die Dauer von zehn Jahren Hypothekendarlehen unter den sonst üblichen Bedingungen, aber zu einem Zinsfuß von 3½ Prozent zu geben." Zu diesem Antrage erhielt das Vorstandsmitglied, Freiherr v. Schleinitz, das Wort und betonte das Entgegenkommen der Versicherungsanstalt, die aber leider an den Erlaß des Reichs-Versicherungsamtes gebunden sei. Da inzwischen das Reichs-Versicherungsamt dem Vorstande nun noch mitgeteilt habe, daß auf Berücksichtigung des Antrages keineswegs zu rechnen sei, so müsse er denselben im Namen des Vorstandes zurückziehen. Aus der gedruckt vorliegenden Begründung zu dem erwähnten Antrage ging noch hervor, daß die Baugenossenschaften und Versicherungsanstalten sich bereits gegen den Erlaß des Reichs-Versicherungsamtes ausgesprochen hätten. Einen Antrag der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz, auch künftig in besonders geeigneten Fällen Darlehen für Arbeiterwohnungszwecke zu 3 Prozent bewilligen zu dürfen, hat das Reichs-Versicherungsamt bereits im September d. J. abgelehnt. In der sich anschließenden Diskussion bedauerte der Vertreter der Versicherten, Güldenberg-Halle a. S., lebhaft die Stellungnahme des Reichs-Versicherungsamtes zu einer Zeit, wo sich der Wohnungsmangel nicht allein in den großen Städten, sondern auch in kleineren Orten immer mehr bemerkbar mache. Desgleichen würde für das Heilverfahren anstatt eine Beschränkung, eine Vermehrung der Ausgaben gefordert. Aus diesem Grunde ersuche er dringend, trotz der ablehnenden Stellungnahme des Reichs-Versicherungsamtes das größtmöglichste Entgegenkommen bei Gewährung von Darlehen für Arbeiterwohnungszwecke sowie auch bei den Anträgen auf Uebernahme des Heilverfahrens zu zeigen. Diese Ausführungen wurden noch wirkungsvoll unterstrichen von einem Vertreter der Arbeitgeber, Fabrikbesitzer Bernhard-Heiligenstadt. Derselbe wies als Vertreter einer gemeinnützigen Baugenossenschaft auf die Schwierigkeiten hin, in welchen dieselben bei Erhöhung des Zinsfußes gebracht würden. Das nötige Entgegenkommen wurde vom Herrn Landeshauptmann zugesagt.

Hierauf wurde noch die Wahl der Arbeitervertreter, die bei Festsetzung von Unfallverhütungsvorschriften herangezogen werden sollen, vorgenommen. Die von Güldenberg-Halle vorgeschlagenen Vertreter wurden einstimmig gewählt. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

*

Aus den noch vorliegenden Geschäftsergebnissen vom 1. Januar bis Ende November 1910 ging hervor, daß während dieser Zeit 4294 Anträge auf Uebernahme des Heilverfahrens gestellt worden sind, wovon bereits für 2907 Personen das Heilverfahren übernommen wurde. In dem Erholungsheim Rodberg wurden vom 10. Juni d. J. (Tag der Eröffnung) bis Ende November 85 Personen verpflegt. Das Vermögen der Anstalt betrug Ende November 1910 83 982 663 Mk.

Stadtverordneten-Sitzung.

Montag, den 5. Dezember 1910, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Föhring, später Steckner.

Eingänge: Der IV. kommunale Bezirksverein ersucht in einer Petition um Freilassung des Engpasses am Walhallatheater, die durch das Wegreißen des Gebäudes Ecke Magdeburger- und Gr. Steinstraße ermöglicht werden soll. Derselbe Verein ersucht die Versammlung, dafür zu sorgen, daß an der ständigen Unfallstelle des Bahnüberganges am Völbergerwege Einrichtungen getroffen werden, durch welche solche Unfälle, wie das kürzlich dort stattgefundene, sich nicht wiederholen können. Beide Petitionen werden dem Bauausschuß überwiesen.

Der Hallesche Bürgerverein für städtische Interessen fordert in einer längeren Eingabe, daß das Stadttheater nicht mehr wie jetzt verpachtet, sondern in eigene Regie unter Leitung eines Intendanten genommen werde. Vom Magistrat wird erklärt, daß demnächst eine diesbezügliche Vorlage zu erwarten sei. Auf Vorschlag des Vorstehers wird die Eingabe deshalb bis auf weiteres zurückgelegt.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung Bewilligung eines Zuschusses zu den Betriebskosten einer zu errichtenden Universitäts-Kinderklinik referiert Stadtv. Schmidt-Rimpler.

Laut Vertrag vom 1. Juli 1907 haben die hiesigen Universitätskliniken die Verpflichtung, die der städtischen Armen-Krankenpflege unterliegenden Personen zum Verpflegungssatze von täglich 2,10 Mk. für Erwachsene und 1,45 Mk. für Kinder aufzunehmen; der Vertrag gilt bis zum 30. September 1920. Von der rechtlich bestehenden Möglichkeit, städtisch versorgte Säuglinge aus der Zahl der Zieh- und Pflegekinder wegen erheblicher Gefahr für Leben und Gesundheit klinisch behandeln zu lassen, konnte die Stadtverwaltung bisher keinen Gebrauch machen, weil die Universitätskliniken einer Krankenabteilung für Säuglinge entbehren. Da die Errichtung einer Kinderklinik vom Staate in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, ihr Mangel aber schwer empfunden wird, ist aus privaten Mitteln eine Sammlung von 30 000 Mark zustande gekommen, um daraus auf Universitätsboden wenigstens einen sog. Kinderpavillon zu errichten. Der Staat ist bereit, den Bau zu gestatten und die noch zu gewährende Bausumme sowie die Betriebskosten zu bewilligen, verlangt aber eine städtische Sicherheit dafür, daß 15 städtisch versorgte Säuglinge an 365 Verpflegungstagen im Jahre zu 1,45 Mk. in der Klinik untergebracht werden. Wird die Garantie gewährt, so soll die Bausumme und Betriebskosten im Staatshaushaltplane für 1911 vorgesehen werden. Die Universität hat den Magistrat um Uebernahme der Garantie für die Zeit des Klinikvertrages, also bis 30. September 1920, ersucht. Der Magistrat hat darauf beschlossen, dem Ersuchen zu entsprechen. Nach dem Ergebnis angestellter Ermittlungen wird die Zahl städtischer Zieh- und Pflegekinder unter einem Jahre, welche zur Abwendung erheblicher Gefahr für Leben und Gesundheit klinischer Behandlung bedürfen, dauernd beständig 15 betragen. Sowohl der Stadtarzt wie der städtische Kinderarzt (Dr Boye) erachten das Bereitstehen von 15 Betten zur Durchführung einer wirksamen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit unter den Pflege- und Ziehkindern, deren Zahl z. B. im September 1910 119 betrug — im Sommer noch mehr —, für ein zweifelloses Mindestmaß. Infolge des Mangels einer Klinik müssen die der klinischen Behandlung bedürftigen Zieh- und Pflegekinder in der Pflegestätte belassen werden, in der sie untergebracht sind und gehen deshalb zu erheblichem Teile ein. (Gut ausgedrückt! D. R.). Ist demnach mit Sicherheit

Unser diesjährig. Metall-Prachtkalender gratis Beim Einkauf von 50 Pf. an gratis.

Sehenswerte

Spielwaren-Ausstellung

In allen Abteilungen grosse Geschenk-Auslagen.

Schaukelpferde von 25.— bis 2.95 1.95	Gesellschaftsspiele von 2.95 bis 45 38 Pf.	Luftgewehre u. Pistolen von 9.50 bis 25 Pf.
Linol-Soldaten imit. von 3.— bis 10 Pf.	Strassenrenner 13.50 10.50	Kind.-Schreibpulte 18.50

Puppen-Klinik.

M. BÄR

Nachf.

Eisenbahn-Werkstatt.

Triumph-Stühle in selten grosser Auswahl v. 25.00 bis 6.50 4.50 2.95 1.65

Kinderstühle v. 10.50 b. 9.75 7.50 4.5

Kindertische v. 8.50 b. 2.75 1.35

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191012 07-19/fragment/page=0009

darauf zu rechnen, daß die städtische Verwaltung 15 Betten der neuen Station dauernd belegen wird, so hat die Uebernahme der Garantie, die sich auf jährlich 7938,75 Mk. beläuft, nur einen formalen Charakter. Sollte der Berechnung zwecks der Belegung einmal weniger als 15 betragen, so werden die betreffenden Betten zweifellos von anderer Seite benötigt werden und dann nicht von der Stadt zu vergüten sein. Als sicher darf aber gelten, daß die 15 Betten für den städtischen Bedarf nicht ausreichen werden. Der Magistrat beantragt, folgendem Abkommen zuzustimmen:

„Die Stadtgemeinde garantiert zu den Betriebskosten der zu errichtenden Universitätskinderklinik (Pavillon) einen jährlichen Zuschuß, welcher der Unterbringung von 15 Säuglingen unter einem Jahre zu einem Verpflegungssatze von je 1,45 Mk. an 365 Verpflegungstagen im Jahre entspricht. Die Klinik hat der Stadtverwaltung dauernd 15 Betten zur Verfügung zu stellen. Soweit die Betten von der Stadtverwaltung nicht beansprucht und seitens der Klinik anderweitig belegt werden, mindert sich der Zuschuß in entsprechendem Verhältnis. Dieses Abkommen gilt bis zum 30. September 1920."

Der Etatsausschuß hat sich einstimmig für Annahme der Vorlage erklärt. — Stadtv. Kühme wünscht, daß der Kreis der in die Kinderklinik aufzunehmenden Kinder nicht nur auf die Zieh- und Pflegekinder beschränkt bleibe, sondern daß auch die seitens der Armendirektion überwiesenen Kinder Aufnahme fänden. — Der Referent erwidert, daß selbstverständlich so verfahren würde — die Magistratsvorlage wird sodann einstimmig angenommen.

Gehaltsregulierung für die Polizei-Inspektoren, Referent ist Stadtv. Springer. Die hiesigen Polizei-Inspektoren sind beim Regierungs-Präsidenten wegen Aufbesserung ihres Diensteinkommens vorstellig geworden. Nach den angestellten Ermittelungen wird seitens der Regierung die von der Versammlung am 13. Juni d. J. den Polizei-Inspektoren (unter Ablehnung eines weitergehenden Magistratsantrages) bewilligte Gehaltserhöhung von 200 Mk. als unzureichend bezeichnet. Sie stehe in keinem Verhältnisse zu dem Gehalte der in anderen Städten mit kommunaler Polizeiverwaltung in gleicher Stellung befindlichen Beamten sowie zu dem Gehalt der Polizeikommissare der Stadt Halle und der umfangreichen Tätigkeit der Polizei-Inspektoren. Der Regierungs-Präsident ersucht daher, einen Beschluß der städtischen Körperschaften über eine erneute Festsetzung des Gehalts der Polizei-Inspektoren zum mindesten in der Höhe der im Juni abgelehnten Magistratsvorlage (4000 Mk. und 4 × 350 Mk. = 5400 Mk. und 750 bezw. 500 Mk. Nebeneinnahmen) herbeizuführen, da er sonst — die zwangsweise Einstellung der höheren Gehälter in den Etat der Stadt Halle in Erwägung nehmen müßte. Der Magistrat legt der Versammlung daher den Antrag vor: das Diensteinkommen der Polizei-Inspektoren in dem vorstehend bezeichneten Mindestbetrage für die Zeit vom 1. April 1910 ab festzusetzen.

Abgesehen von den angegebenen Mehreinnahmen betrug das Gehalt der zwei Polizeiinspektoren vor der letzten Gehaltserhöhung 3900 Mk. und viermal 300 Mk. Zulage = 5100 Mk. Der Magistrat hatte eine Erhöhung auf 4000 Mark und viermal 350 Mark = 5400 Mark vorgeschlagen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat mit knapper Mehrheit jede Erhöhung des Anfangsgehalts abgelehnt und nach einigen Monaten auf Ersuchen der beiden Beamten beschlossen, das Gehalt auf 3900 Mark und zweimal 400 Mark und zweimal 300 Mark Zulage = 5300 Mark zu gewähren.

Stadtv. Giese betonte, daß er des Prinzips halber nicht für die Magistratsvorlage stimmen könne, er könne nicht einsehen, daß die Regierung der 100 Mark wegen in die Rechte der Selbstverwaltung der Stadt eingreife. Sonst werde immer gesagt, daß der Staat mit der Bezahlung seiner Beamten obenan stehe. Daß sei hier aber nicht der Fall, denn der Staat zahle den Polizeiinspektoren nur ein Anfangsgehalt von 3280 Mark, während die Hallenschen Polizeiinspektoren ein solches von 3900 Mark bezögen. Es sei daher auch der Hinweis der Regierung hinfällig, daß andere Städte in der Größe Halles mit der Bezahlung dieser Beamten voraus seien. Der Magistrat müsse ersucht werden, daß er bei der Regierung vorstellig werde, um zu erfahren, welche Städte denn mehr Gehalt zahlten als Halle. Der Redner stellte einen dahingehenden Antrag und betonte, daß es hier weniger auf die hundert Mark ankomme, als auf die Feststellung, daß die Regierung wegen solcher Kleinigkeiten in das Recht der Stadtverordneten eingreifen wolle. — Stadtv. Oßerburg erklärt, daß er und seine Freunde der Vorlage nicht zustimmen könnten, schon wegen der daraus entstehenden Konsequenzen. Als die Unterbeamten um eine anderweitige Regelung ihrer Gehälter petitioniert hätten, habe dies der Magistrat gemütsbilligt. Es habe den Anschein erweckt, daß die beiden Beamten zu ihrem Vorgehen von höherer Seite aus ermuntert worden wären. Das Gehalt der beiden Beamten sei hoch genug. Bei der Regelung der Löhne der Arbeiter habe man nicht so viel Wesens gemacht. Dabei stehe doch fest, daß die Stadt für ihre Arbeiter sehr niedrige Löhne zahle, die Statistik weise nach, daß der Durchschnittstagelohn kaum 3 Mark betrage. (Widerspruch.) Es solle in dieser Sache ruhig eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herbeigeführt werden. — Stadtv Knabe wendet sich ebenfalls gegen die Vorlage und rügt insbesondere die Ausdrucksweise der Regierung bei Begründung ihrer Forderung. — Oberbürgermeister Rive: Das Eingehen auf die materielle Seite der Vorlage sei vollkommen vergeblich, hier heiße es: entweder zahlen oder es tritt Zwangsetatisierung ein. Einspruch gegen die zwangsweise Einsetzung der höheren Gehälter in den Etat könne nur durch Klage beim Oberverwaltungsgericht geschehen. Das Recht zur Klageerhebung stehe aber nur dem Magistrat zu und dieser werde nicht klagen, da er doch gegenüber der Versammlung anderer Meinung sei. Wenn die Versammlung die Vorlage ablehne, sei die Sache trotzdem aus! (Zurufe: Wo bleibt da das Selbstverwaltungsrecht?) — Stadtv. Nesse tritt mit Entschiedenheit für die Bewilligung ein und betont, es handle sich doch hier um alte, tüchtige und sehr bewährte Beamte, da sollte es auf die 100 Mark doch nicht ankommen. — Stadtv. Giese betonte, daß man es ruhig zur Zwangsetatisierung kommen lassen solle, man könne aus der Sache nur lernen. — Oberbürgermeister Rive erwiderte, daß es hierbei nichts zu lernen gäbe. In der Sache könne er nur sagen, daß jedes Wort überflüssig sei. Im übrigen verbreitete sich der Redner ausführlich über die Qualifikationen der Militäranwärter. Er meinte, das Material sei ein sehr schlechtes geworden. — Stadtv. Föhring geht auf die rechtliche Seite der Frage ein und meinte, daß die Stadtverordnetenversammlung selbst Klage vor dem Oberverwaltungsgericht führen könne, wenn sie es beschließe. Es sei denn, daß neuerdings die Judikatur geändert worden sei. Der vorliegende Fall sei aber nicht geeignet, sich in einen Konflikt mit der Regierung einzulassen. Der Kleinigkeit wegen möge man lieber der Vorlage zustimmen. — Stadtv. Dr. von Blume: Wir werden schon noch Gelegenheit haben, gegen Eingriffe in das Recht der Selbstverwaltung Stellung zu nehmen. Man verpuffe nur sein Pulver, wenn man bei jeder Gelegenheit aufbrause. Tatsache sei hier allerdings, daß der Staat die Polizeiinspektoren nicht bezahle, sondern die Verwaltung der Polizei einfach einem Magistratsmitgliede überweise und der Kommune gütigst gestatte, die Beamten zu besolden. Der Staat stützt sich dabei auf das bekannte Polizeigesetz vom Jahre 1867. Wir sollten unser Pulver für andere Gelegenheiten aufsparen, dann aber nicht zaghaft auftreten. (Rufe: Na, na!) — Stadtv. Giese weist nach, daß Essen an der Ruhr den Polizeiinspektoren nur 3800 Mark, Elberfeld gar nur 3600 Mark zahle. Unsere Gehaltsskala sei also eine bedeutend höhere. Weise uns der Magistrat nach, daß noch mehrere Städte höhere Gehälter zahlen, so könne man ja die Einwände gelten lassen und der Erhöhung eventl. zustimmen. — Stadtv. Höschele findet es kleinlich, wegen der 100 Mark hier so lange herumzudebattieren. Es sei doch besser, wir lehnen die Vorlage einfach ab und warten, was da kommen werde. Wir haben doch nichts zu riskieren. (Sehr richtig!) Der Antrag des Magistrats wurde gegen 18 Stimmen angenommen.

Der Gründung einer neuen Lehrerstelle für die städtische kaufmännische Fortbildungsschule wurde zugestimmt.

Die Haushaltspläne der Stiftung Adelheidsruh und der Paul Riebeck-Stiftung wurden genehmigt. Der erstere Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2780 Mk.; der letztere mit 77900 Mk. ab.

Nachbewilligt wurden zur Unterhaltung und Beschaffung von Löschgeräten der Feuerwehr 500 Mk. Für Beschaffung und Instandhaltung von Gerätschaften im Asyl für Obdachlose wurden 150 Mk. nachbewilligt.

Verbesserung der Entwässerungsverhältnisse für die Straßen östlich der Magdeburgstraße. Die Verbesserung soll durch Herstellung eines gemauerten bezw. Zementrohr-Kanals in der Grünstraße und in der Bollmannstraße zwischen Grün- und Krausenstraße herbeigeführt werden. Die Versammlung stimmte der Vorlage ohne Debatte zu und bewilligte die erforderlichen Mittel in Höhe von 50000 Mk. aus der Kanalbauanleihe.

Vom Grundstück Neumarktstraße 3-4 wurden za. 9 Quadratmeter fluchtlinienmäßig zur Straße entfallenden Landes gegen eine Entschädigung von 80 Mk. pro Quadratmeter in den Besitz der Stadt übereignet.

Schluß der öffentlichen Sitzung 5¾ Uhr.

•

In der geschlossenen Sitzung trat die Versammlung einem Magistratsbeschlusse bei, demzufolge dem Architekten Zander in Luztehude eine Restschuld in Höhe von 287,50 Mk., herrührend von einer Forderung aus der Ersatzleistung für Schäden an einer Anzahl Dächer der Artillerie-Kaserne, erlassen und dieselbe à fonds perdu übernommen werden soll. — Zum stellvertretenden Bezirksvorsteher für den 7. Armenbezirk wurde Lohgerbermeister Hildebrandt, An der Baderei 3, gewählt. Zu Armenpflegern bestimmt wurden die Herren Bankbeamter Karl Berndt, Dreihauptstraße 2, und Bäckermeister Gustav Stange, Mühlgasse 5.

Aus den Nachbarkreisen.

Der Brunnenvergifter Theodor Rößner, Redakteur und Verleger des Merseburger Korrespondenten, läßt keine Gelegenheit vorübergehen, nach wahrer Reichsverbandsmanier gegen die Krankenkassen im allgemeinen und gegen die „sozialdemokratische" Leipziger Ortskrankenkasse im besonderen lustig drauflos zu hetzen. Die Ueberschrift von der angeblichen sozialdemokratischen Mißwirtschaft ist stehend in seinem Schwindelpapier, jedes Mittel ist diesem moralisch verlumpten Revolverjournalisten recht, selbst vor bewußten Fälschungen schreckt er nicht zurück, um die dunklen Pläne der Reaktion mit verwirklichen zu helfen. Nachdem der Vorsitzende der Leipziger Ortskrankenkasse, Otto Pollender, gutmütig genug war, in einem Berufungsprozeß gegen die Leipziger Neuesten Nachrichten, die Zittauer Morgenzeitung und andere Reichsverbandsreptile in einen Vergleich zu willigen und seine Beleidiger laufen zu lassen, verbreitet Rößner mittels seiner Reichsverbandsflügenspritze eine perfide Fälschung des Sachverhalts, indem er behauptet:

„Das Gericht ist in vier Punkten zu einer Freisprechung des Angeklagten gekommen, indem es folgende Behauptungen als erwiesen ansah: Bei den vom Kassenvorstand angeordneten Beamtenprüfungen fehle es an jeder Garantie dafür, daß diese Maßregel in neutraler und unparteiischer Weise gehandhabt werde, und daß diese Garantie unbedingt nötig sei, solange die Krankenkassen unter sozialdemokratischer Verwaltung im Fahrwasser der Parteipolitik gehalten würden. Bei der Anstellung von Beamten spielte die politische Gesinnung eine Rolle. Die Krankenkassenkontrolleure wurden mit Vorliebe sozialdemokratischen Parteigängern entnommen. Die Verquickung von Verwaltung und sozialdemokratischer Parteipolitik habe auch in der Leipziger Ortskrankenkasse zu ernsten Mißständen geführt. Als Berufskontrolleure würden mit Vorliebe „Genossen" angestellt. Notorische Streikführer ohne berufliche Vorbildung hätten Anstellung im Dienste der Kasse gefunden."

Daß Fälscherkunststück so gemein, daß selbst der Mansfelder Bergbote, der doch bekanntlich unbesehen alle, auch die dümmsten Stinkbomben aufnimmt, sie nicht begehen mag. Die Sache wird einigermaßen verständlich, wenn man berücksichtigt, daß der verleumdete Kassenvorsitzende Kandidat der Sozialdemokratie im Wahlkreise Merseburg ist. Uebrigens hat Pollender unter Berufung auf das Preßgesetz den Korrespondenten und die übrigen Zeitungen aufgefordert, folgende Berichtigung zu bringen:

„Es ist unwahr, daß die von mir gegen mehrere sächsische Blätter angestrengte Privatklage, nachdem der Prozeß verschiedene Stadien durchlaufen, mit der Freisprechung der Beklagten in vier Punkten „ihren Abschluß gefunden", indem das Gericht die diesbezüglichen Behauptungen als erwiesen angesehen hätte. Wahr ist vielmehr nur, daß die Freisprechung in vier Punkten in erster Instanz durch das Schöffengericht erfolgte, während es wegen der übrigen Anklagepunkte zu einer Verurteilung gelangte. Soweit das schöffengerichtliche Urteil zu einer Freisprechung kam, wurde von mir Berufung eingelegt, und zwar um so mehr, als ich davon überzeugt war und noch bin, daß der einzige im Schöffengericht sitzende Berufsrichter das Urteil selbst für falsch hielt, also von den mitwirkenden Schöffen, ein paar Arbeitgebern, überstimmt sein mußte. Das Landgericht als Berufungsinstanz hat in der Anklagesache zwar drei Verhandlungen von jedesmal längerer Dauer abgehalten, ohne aber von neuem Beweis zu erheben. Es beschränkte sich, getäuscht auf das schöffengerichtliche Verhandlungsprotokoll und die zeugeneidlichen Aussagen vor dem Schöffengericht, allein darauf, den ganzen Streit durch Vergleich abzuschließen, durch den, wie das Landgericht selbst betonte, nicht nur das schöffengerichtliche Urteil selbst, sondern auch die im Urteil erfolgten „Feststellungen" beseitigt wurden! Der Vergleich ist in der Landgerichtsverhandlung vom 10. November zustande gekommen. Er stellt fest, daß die Beklagten ihre Behauptungen im guten Glauben erhoben, sich aber durch die Beweisaufnahme davon überzeugt haben, daß sie sie nicht in allen Punkten aufrecht erhalten konnten. Ferner kommt in dem übrigens vom Gericht selbst formulierten Vergleich zum Ausdruck, daß sich der Privatkläger gegen die beleidigenden Behauptungen verwahrt und erklärt hat, daß er jederzeit bestrebt gewesen sei, die Leipziger Ortskrankenkasse in völliger Uebereinstimmung mit den übrigen Vorstandsmitgliedern nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu leiten."

Für Wahrheitsliebende wäre es ausgeschlossen, nach diesem Vergleich wieder auf das beseitigte schöffengerichtliche Urteil zurückzugreifen. Von einem Theodor Rößner erwarten wir nicht, daß er von dieser Feststellung Kenntnis nimmt. Er wird auch nach dieser Klarstellung nicht aufhören, weiter zu verleumden, denn ohne diese „fortschrittliche" Schwindelei wäre der Zweck seines Daseins verfehlt.

Delitzsch. Eine Prämiierung von Landarbeitern fand kürzlich hier im landwirtschaftlichen Verein der Kreise Bitterfeld-Delitzsch statt. Die Landarbeiter und -Arbeiterinnen, 36 an der Zahl, wurden von den Herren Agrariern sehr freundschaftlichst angeschmuzt. Ein Arbeiter, der 22 Jahre lang beim Amtsvorsteher Golf in Brodau geschuftet hat, erhielt als Prämie ein Sparkassenbuch über — zehn Mark und ein Diplom, für fünfzigjährige Dienstzeit wurde eine Arbeiterin Schröter aus Fschoklau, beim Gutsbesitzer Helmuth in Glöten beschäftigt, mit — zwanzig Mark „belohnt". Zum Trost wurde ihr noch ein Kreuzlein um den Hals gehängt. Bei der Landproleten-Prämiierung wurden auch wieder die üblichen Klagen über die Landflucht der Arbeiter erhoben. Nur von den wahren Ursachen sprach man nicht. Wenn der Arbeiter nach der Stadt zieht, tut er das nicht, um sich zu bereichern, sondern damit er ein freierer Mensch werden kann als auf dem Lande, wo er ganz und gar seinen Arbeitgebern ausgeliefert ist. Die Landarbeiter sollten sich aber nicht durch solche Geschenke und Ehrendiplome kaufen lassen, sondern energisch ihre Rechte verlangen. Dazu gehört vor allen Dingen das Koalitionsrecht.

Delitzsch. Ein Jubiläum eigener Art wurde am 1. Dezember hier begangen: An jenem Tage sind fünfzig Jahre verflossen, seit die frühere Raubritterburg, genannt Schloß Delitzsch, als Zuchthaus benutzt wird. Ein grausiges Jubiläum. — Die Delitzscher Strafanstalt dient zur Aufnahme solcher jüdischer und evangelischer weiblicher Gefangenen vom 18. Lebensjahre an, welche eine Zuchthausstrafe von einem Jahre bis zu lebenslänglicher Haft zu verbüßen haben. Eingeliefert werden die Häftlinge innerhalb des Oberlandesgerichtsbezirks Naumburg aus den Landgerichtsbezirken Erfurt, Halberstadt, Halle, Magdeburg, Naumburg, Nordhausen, Stendal, Torgau und Dessau; innerhalb des Oberlandesgerichtsbezirks Kiel aus Altona und Flensburg, außerdem aus Berlin 1, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Stade, aus Rudolstadt und Sachsen-Meiningen, endlich solche Gefangenen, die vom Reichsgericht verurteilt sind und solche aus Mauschow; das ist, wie man sieht, ein ausgedehntes Einlieferungsgebiet.

In der Delitzscher Zeitung gibt ein Einsender einen kleinen Rückblick auf die Vergangenheit der modernen Zwingburg, zählt ihre gegenwärtigen Strafvollzugsbeamten auf und sagt an einer Stelle folgende Sätze: „50 Jahre Zuchthaus! Eine Summe von Schuld, von mancherlei Verirrungen vom schlichten Eigentumsvergehen bis zu Brandstiftung, Meineid, Mord und Doppelmord haben in dieser Zeit hier ihre Sühne gefunden. Die vergitterten und verriegelten Räume könnten erzählen von viel zerstörtem Menschenglück und zertretener Familienehre, von mancher stillen Träne und manchem lauten Seufzer, von manchem neu ausgesonnenen häßlichen Plane, aber auch von manchem guten Vorsatze und manchem ehrlichen Wollen, das sich aus Seelentiefen wieder emporgerungen. Mannigfache Wandlungen haben in dieser Zeit nicht nur die Strafrechtstheorien, sondern auch die Strafvollzugstheorien durchgemacht. Man hat angefangen, das pädagogische Moment im Strafvollzuge stärker zu betonen, man individualisiert auch im Strafhause, man ist humaner geworden."

Daß man in preußischen Zuchthäusern humaner geworden sein soll, bleibt wohl nur Einbildung des Artikelschreibers. Sechzig Peitschenhiebe wurden im Kulturlande Preußen eben — Humanität!

Delitzsch. Funktionärsitzung. Am Freitag, den 9. d. Mts., abends 8½ Uhr, findet im Lindenhof eine gemeinschaftliche Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsvorsitzenden, sowie der Bezirksführer statt. Wegen der Wichtigkeit der zu verhandelnden Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Artern. Neuer Zug. Vom 1. Dezember ab ist der Leerzug 630 (W) auf der Strecke Artern—Heldrungen zur Personenbeförderung in 3. und 4. Wagenklasse freigegeben und verkehrt an allen Werktagen ab Artern 7.29, ab Reinsdorf 7.35, ab Breitleben 7.41, an Heldrungen 7.51. Dieser Zug fährt ab Sangerhausen 6.50 abends und ist 7.27 in Artern.

Weißenfels. Oeffentliche Auskunftsstelle. Die Stadtverordneten beschlossen die Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle, die für jedermann zur Belehrung in Rechtssachen in gemeinnützigem Sinne wirken soll. Die Regierung will zu den Kosten einmalig 700 Mk. und jährlich auf die Dauer von zwei Jahren 1400 Mk. beitragen. Die Versammlung bewilligte 1000 Mk. zur sofortigen Errichtung und zu den dauernden Kosten je 3000 Mk. auf zwei Jahre.

Leipzig. Die Volkszählung in Leipzig hat folgendes vorläufiges Ergebnis gehabt: In Gesamt-Leipzig wurden 1905: 116 490, 1910: 123 236 Haushaltungen gezählt. Die Gesamtzahl der ortsanwesenden Bevölkerung betrug 1905: 503 637, 1910: 537 733, davon 261 628 männliche und 276 105 weibliche Personen.

Magdeburg. Beiden Gewerbegerichtswahlen fielen auf die Liste des Gewerkschaftskartells 14 156, auf die der Gelben 1540 und auf jene der Hirsch-Dunckerschen 840 Stimmen. Dies Resultat ergab für die ersteren 44 Sitze, zwei mehr als bei der vorigen Wahl, die beiden anderen Parteien erhielten fünf bezw. drei Vertreter. Die Hirsch-Dunckerschen haben gegen früher einen Sitz verloren. Besonderes Mitleid verdient das Schicksal der „Christlichen" bei dieser Wahl. Das vorige Mal hatten sie einen Vertreter, diesmal versäumten sie aber ihre Liste rechtzeitig einzureichen, trotzdem sie gegenwärtig einen angestellten Sekretär haben. Die Qualifikation des letzteren für seinen Posten dürfte durch diese Leistung über allem Zweifel erhaben sein.

Halberstadt. Schwere Strafen den Jägern ohne Jagdschein. Wegen gewerbsmäßigen Jagdvergehens sind am 31. August vom Landgerichte Halberstadt verurteilt worden die Arbeiter Hermann Ohlemeyer und Otto Vogelei zu je einem Jahre, Paul Vogelei zu 9 Monaten Gefängnis. Sie haben in der Gegend von Tanne und Elend regelmäßig gewildert und wurden in der Nacht zum 13. April im Walde erwischt, als sie das am Tage erlegte Wild wegholen wollten. — Ihre Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Eisenberg. Die Wege der Justiz sind wunderbar. Wie die Altenburger Volkszeitung berichtet, wurden vom hiesigen Schöffengericht zwei Frauen zu je einem Tag Gefängnis verurteilt, weil sie am Bahnhof, dem Wege, der an den Güterwagen entlang führt, Kohlen aufgelesen haben. Sie waren vom Stationsvorsteher wegen Diebstahls angezeigt worden. Obwohl sie erklärten, daß sie es nicht gewußt haben, daß ihr Tun strafbar ist, und daß sie die Kohlen sofort wieder hingeschüttet hätten, half alles nichts, sie wurden zu der gesetzlichen Mindeststrafe wegen Diebstahls zu einem Tag Gefängnis verurteilt.

Nun sage noch jemand, daß nicht alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind. Nur Nörgler und Besserwisser, denen nichts recht zu machen ist, behaupten immer das Gegenteil. Wie hieß es doch damals in der Begründung des Staatsanwalts Heinrich, als eine Frau aus den oberen Schichten wegen Freiheitsberaubung angeklagt war? „Es habe ihr das Bewußtsein, eine strafbare Handlung zu begehen, gefehlt, dies bewiese ja die spätere Erkundigung beim Rechtsanwalt." Das ist also die objektivste Behörde der Welt.

Stedten. In dem Bericht über die Gemeindevertreter-Sitzung muß es nicht heißen: Der an die Gemeinde Unterröblingen zu leistende Beitrag zu den Schullasten in Höhe von 1500 Mk. wurde anerkannt, sondern von der usw.

Molmeck. Wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechens wurde, wie das Eisl. Tageblatt zu melden weiß, der Arbeiter Wilh. Palm aus Molmeck verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis in Hettstedt eingeliefert. Er steht in dem Verdacht eines versuchten Sittlichkeitsverbrechens. Im hiesigen Stadtpark hatte er es auf Kinder abgesehen, wurde aber in seinem verbrecherischen Vorhaben gestört.

Das städtische Museum (Eichamt), Gr. Berlin

ist täglich unentgeltlich geöffnet, und zwar an Wochentagen von 11—1 Uhr und Sonntags von 11—2 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0010

SINGER Nähmaschinen

sind die

nützlichsten Weihnachtsgeschenke.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Auf der Weltausstellung Brüssel 1910 erhielten die Singer Maschinen wiederum die höchste Auszeichnung, den „Grand Prix" und damit von neuem eine glänzende Anerkennung ihrer hervorragenden Eigenschaften. Man kaufe nur in unseren, an dem „S"-Schild kenntlichen Läden oder durch deren Agenten.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Leipzigerstr. 23, Halle a. S., Geiststr. 47.

Für die Tafel feine, gut schmeckende

Molkerei-Butter ½ Pfd. **60** Pfg. 5% Rabatt.

Ferner empfehle zum Essen, Braten u. Backen meine

Pflanzen-Butter Marke „M. K." 1 Pfd. **70** Pfg. 5% Rab.

Hochfeinen, delikaten **Schweizer Käse** ½ Pfund **55** Pfg. 5% Rab.

Echte Bauern-Käse 1 Stück **8** Pfg. 5% Rab.

Albert Knäusel, Jägergasse 2. Leipzigerstr. 72. Schmeerstr. 21. Bernburgerstr. 15.

Josetti

Cigaretten

Erstklassige deutsche Marke

Wringmaschinen, bestes Fabrikat v. 14.50 M. an.

Mit Ia. Heisswasser-Walzen

3 Jähr. Garantie.

Burghardt & Becher, Leipzigerstr. 10. Mitglied d. Rab.-Sp.-V.

Ein Sprung in's Ungewisse

ist jeder Versuch, die bewährten Marken **Palmin** (Pflanzen-fett) und **Palmona** (Pflanzen-Butter-Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu ersetzen. Palmin und Palmona werden seit vielen Jahren täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der feinsten bis zur einfachsten Küche besitzen. Darin liegt eine Garantie, die bei unbekannten Marken nicht geboten wird.

Herren-Wäsche!

Farbige Oberhemden	enorme Auswahl 6.00 4.50 3.50	2.85	M.
Piqué-Oberhemden	elegante Neuheiten 5.50 5.00 3.85	3.25	M.
Kragen	neueste Formen, 6 cm hoch 48 42 35	28	Pf.
Kragen	prima Qualitäten, neueste Formen, 7 cm hoch 60 55	45	Pf.
Manschetten	gute Qualitäten 60 55 35	28	Pf.
Garnituren	bunte, neueste Dessins, 1.10 85	65	Pf.
Serviteurs	mit Falten 95 85 75	48	Pf.
Serviteurs	glatt 55 45 35	25	Pf.

Hosenträger

für Herren und Knaben in solider Ausführung, haltbare Qualitäten

Paar 1.75 bis 20 Pf.

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Aktuelle Neuheit!

Briefmarken-Bilder bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Soeben erschienen:

Wahrer Jakob 1910 Nr. 25. Preis 10 Pf.

Gleichheit Nr. 5. Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die **Volksbuchhandlung,** Harz 42/43.

Das meiste Geld zahlt stets für **ganze Nachlasse von Möbeln,** Laden-, Kontor- u. Restaurationseinrichtungen, sowie f. Geldschränke, Planinos 2c. **Friedr. Peilcke,** Geiststr. 25. Telephon 2450. Kaufe stets ganze Lager neuer Möbel.

Bettnässen Befreiung garant. Auskunft umsonst. Alt. u. Geschl. angeb. B. Schoene & Co., Frankfurt a. M. 372.

Farbstifte besonders billig bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Zahngebisse, Platin, Gold, Silber, Altertümer kauft **Zapfenstr. 18, Holland.**

Waschgefässe, Backtröge, Backmulden, Kuchenbretter verkauft **Seifert,** Burgstraße 8.

Nur für Herren!

Bevor Sie Ihren Bedarf an Anzügen, Ulster, Paletots, Hosen usw. decken, empfehle ich Ihnen einen Besuch ohne Kaufverbindlichkeit im größten

Kaufhaus für Monatsgarderobe,

Leipzigerstr. 11 nur im Laden. 2 große Schaufenster. Keine Filiale am Platze.

Dieses Buch sollte in keinem Haushalte fehlen!

Der Ratgeber für das praktische Leben.

Eine Quelle des Wohlstandes für jedermann.

Vollständiges und bequemes Hand- und Nachschlagebuch für alle Angelegenheiten des täglichen Lebens.

Praktischer Hausarzt und Rezeptbuch — Koch- und Backrezepte — nebst einem Anhange, enthaltend: Titulaturen, Anreden, **Wörterbuch der neuen deutschen Rechtschreibung,** Zinsberechnung und andere wichtige Tabellen 2c. von **Dr. William Löbe.**

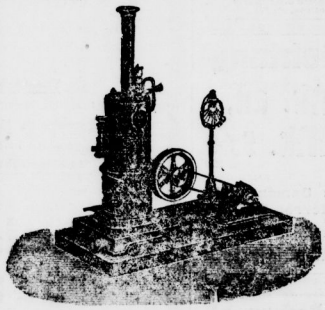
Mit 1200 Text-Illustrationen und Kunstbeilagen. 1296 Seiten.

Für unsere Abonnenten zum Ausnahmepreise von Mk. 3.— fein gebunden.

Porto: I. Zone 25 Pf., ab II. Zone 50 Pf.

Der Vorrat ist gering, Bestellungen erbittet umgehend

Volksbuchhandlung Halle a. S., Harz 42/43.



Dampfmaschinen

nur solide ausprobierte Fabrikate.

Grösste Leistung.

Garantie für jedes Stück.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

H. Bohlerts Rohschlachterei

Delitzscherstraße 78, Glauchaerstraße 75 dicht an der Glauchaischen Kirche und Große Gosenstraße 20 empfiehlt diese Woche in bekannter Güte:

frische Fleisch- und Wurstwaren.

Umsonst erhalten Sie Musterbogen und kaufen Babybettgestelle, Stubenwagen, Puppenwagen, Leiterwagen direkt von der Kinderwagenfabrik Julius Treitbar, Grimma i. Sa.

Wegen Umzug: Billige reelle Möbel.

Kleiderschränke 28, 30, 38—80 M. Vertikos 33, 38, 47—80 M. Plüschsofas 65—90 M., Stoffsofas 45 u. 55 M., Sofatische 10—36 M. Pfeilerspiegel 12—24 M., große Trumeaus 38, 40—75 M., Pfeilerschränke, Kommoden, dauerhafte Bettstellen mit Matratzen 35, 40, 45, 65 M., Waschtische, Küchenmöbel in grau und gelb, verkauft billig, bei freiem Transport

Max Jungblut Albrechtstraße 43, — nahe der Geiststraße. —

Richard Flemming, Halle a. S., Schmeerstraße 22. **Optische Anstalt.** Große Auswahl, billigste Preise!

Waschgefäße, Back- u. Schlachtmuld., Tröge, Kuchenbretter, Wringmaschinen, Wäscheleinen, Holzwaren empf. billigst **C. Otto,** Geiststr. 49.

Teilzahlung geringe Monatsraten

Spezial-Haus-Uhren besteht 25 Jahre.

Vielfach ausgezeichnet. Viele tausende freiwillige Dankschreiben.

R. Hartmann, Katalog franko. Berlin SO. 684, Brückenstr. 13

Mehrfacher verk. Genossenschaftsbuchdruckerei

Sangerhausen. Barbarossa-Apotheke.

Rezepte, auch solche von Krankenkassen, werden sachgemäss angefertigt.

Waschgefäße, dauerhaft und billig, größte Auswahl. Böttcherei Schützenhof 1.

Günther Wagner'sche Malkästen bei **C. F. Ritter** Leipzigerstrasse 90.

Elegante Herrensocken in schwarz und farbig. **W. Brackebusch,** Gr. Ulrichstr. 37.

Essen Sie täglich Honig, wenn Sie Ihre Gesundheit erhalten wollen. Garant. reinen Blütenhonig, hervorragend schöne Qualität, Pfd. 80 Pfg., bei 5 Pfd. 75 Pfg., empfiehlt **Carl Booch,** Breitestr. 1 u. Markt Roter Turm 12.

Morgen, Mittwoch **Schlachtefest.** Fr. Petsch, Hedwigst. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0011

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Schimpanse Grete,

und das glänzende Programm.

Mittwoch 4 Uhr grosse **Familien-Vorstellung.** Kinder 10, 15, 25 Pf.

u. a.: **Auftreten des Schimpansen Grete.**

Parteigenossen! Gewerkschaftler!

Ueber

„Alkoholfrage und Sozialdemokratie"

spricht am **Montag, den 12. Dezember abends 8½ Uhr** im kleinen Saale des Volksparks **Genosse August Neumann-Berlin.**

Freunde und Gegner der proletarischen Abstinenzbewegung sind dringend eingeladen. Der Einberufer.

Freie Aussprache!

Nur drei Worte!

Lorenz **Billige** Schuhwaren!

Schuhwarenhaus Lorenz, Leipzigerstr. 64.

Konsumverein zu Merseburg u. Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste und zur Stollenbäckerei empfehlen wir den werten Mitgliedern **unsere Dampfbäckerei** mit ihren anerkannt erstklassig. Produkten. **Stollen** erste Qualität **50 Pf.** **Stollen** zweite Qualität **40 Pf.** pro Stück in allen gewünschten Größen. Ferner empfehlen: **Russische Hafermast-Gänse** 9-12 ℔ schwer, à ℔ 68 Pf. Bestellungen erbitten bis spätestens 10. Dezember bei allen Lagerhaltern. **Der Vorstand.**

Gelegenheitskauf!

200 Knaben-Joppen, schwere Qualität, warm gefüttert, in allen Farben, für Knaben von 9—14 Jahren Stück nur **2.95 Mk. Erste billig!**

Ernst Renner, nur Marktplatz 14.

Das neue Bett.

Hochfein rot, dicht Daunenköper, große Prachtfüll. Ober- u. Unterbetten und 2 Kissen mit 17 Pfund Halbdaunen, weil teils leichte Farbfehler, das Gebett zu 19.—, dasselbe Bett mit Daunendecke Mk 35.—. Feinstes herrlichst. Daunenbett Mk. 40.—. Zweischläf. kostet jedes Bett Mk. 5.— mehr. Nicht gefällt, Geld zurück. Kostl. Inn. Betten, Gettedern u. Kissen frei. 200 Dankschreiben. Bettenfabrik Th. Krauschuss, Cassel 154.

Achtung! Achtung!

Zöpfe von 2.00 Mk. an,

Graue Zöpfe Stück Mk. 5.00,

solange Vorrat reicht.

Dahm & Krieger, :: Damen- und :: Herren-Friseure,

Anfertigung sämtlicher Haararbeiten,

Kl. Ulrichstraße 31. **Halle a. S.,** Kl. Ulrichstraße 31.

August Thurm's Restaurant, Reilstr. 10 — Geschäftsführer: Heinrich Fehlhaber, — Reilstr. 10

Donnerstag, 8. Dezember:

Schlachtefest.

Hierzu ladet freundlichst ein **Heinr. Fehlhaber.**

Wie man schneidern soll! 116 Seiten Groß-Oktav mit 200 Abbildungen. Tausd. Anerkennungen. **Leichtfaßliches Handbuch zur praktischen Ausübung der Damenschneiderei** nebst den neuesten 5 Schnitten f. Rock, Bluse, Taille, Jackett und Aermel, gegen Voreinsendung von 4.20 Mk. franko (per Nachnahme 30 Pfg. teurer), oder das Buch bezw. die Schnitte allein für 2.20 Mk. zu beziehen durch **H. O. Försters Buch- und Schnittmuster-Versand, Berlin SW. 29, Mittenwalderstraße 14. H. B.**

Hutnadeln, entzückende Neuheiten, bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Jeden Mittwoch **Schlachtefest.** Paul Marschall, Rosenstraße 2.

Därme zum **Hausschlachten** kauft man am **billigsten** bei **Gust. Bayroth,** Kl. Ulrichstr. 1.

Billig zu verkauf. **Damensachen, Jacketts, Herrenkleider, Schuhwaren.** Zapfenstr. 13. Holland.

„Das sage ich Ihnen, liebe Frau Becker, jetzt bin ich nun bald die Reihe 'rum, habe schon hier und dort **Backwaren** gekauft, aber so gut wie bei **Schultzen** bin ich noch nirgends angekommen."

Die einzig dastehende Firma

Max Schultze

Halle a. S., Moritzzwinger 3,

offeriert:

Zucker gem.	Pfund	**19** Pf.
Staubzucker	Pfund	**23** Pf.
Vanille-Zucker	Pfund	**35** Pf.
Rosinen	Pfund 50 40	**35** Pf.
Sultaninen	Pfund 70 55	**45** Pf.
Korinthen	Pfund 40 35	**30** Pf.
Zitronat	Pfund 65 55	**45** Pf.
Süsse Mandeln	Pfund 1.10	**100** M.
Bittere Mandeln	Pfund 1.20	**110** M.
Bitterer Mandel-Ersatz	Pfund 60	**45** Pf.
Weizenmehl wie immer nur das Beste	Metze	**62** Pf.
Back-Margarine	Pfund 60	**50** Pf.
Palmbutter	Pfund 65	**60** Pf.
Schweinesehmalz	Pfund	**60** Pf.
Frische Aepfel	Pfund 15	**10** Pf.
Frische Zitronen große	Stück	**4** Pf.
Baumbehang	Pfund	**50** Pf.
Baumlichte	24 Stück	**25** Pf.

Wer einen **Backwaren-Posten** kauft, erhält an der Kasse einen **Bon** ausgehändigt, welcher zur Empfangnahme eines **Weihnachtsgeschenkes** berechtigt.

Zur Aufklärung!

Unsere Margarine hat mit den Vorfällen in Hamburg nichts zu tun. Die beschlagnahmte Ware stammt aus der Fabrik der Altonaer Margarinewerke Mohr & Co. Altona-Ottensen, welche in Postpaketen an Privatpersonen liefert. Fordert deshalb in allen einschlägigen Geschäften nur **die altbewährten Margarine-Spezialmarken**

Rheinperle und Solo

und die **Pflanzenbutter**-Margarine

Cocosa

Wir garantieren für einwandfreie, tadellose Ware, die den **besten Butterersatz der Jetztzeit bildet.**

Holl. Margarine-Werke

Jurgens & Prinzen,

G. m. b. H., GOCH (Rhld.)

Alle Parteischriften zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung.**

Reforma, allerfeinste Pflanzen-Butter-Margarine Pfd. 76 Pf. **F. H. Krause.**

Appetit anregend, Magen stärkend, Verdauung fördernd sind meine

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

O. Brehmer, Likör-Fabrik, Leipziger Str. 43.

---

† Frauen † hüten sich

vor nutzlosen Nachahmungen, welche immer wieder auftauchen, und nehmen bei Störungen nur noch die echte Perioden-Tinktur, Preis ℳ 6,80. Diskret und portofrei d. Chem. Laboratorium **Monopol, Berlin 169 SW., Lindenstr. 106.**

Jeden Mittwoch **Schlachte-Fest.** F. Kluge, Beesenerstr. 1.

Haltbare Schultornister bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Möbeltransport besorgt billig **Fr. Behrendt** Inh. **G. Griese.**

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller.

Sensationsgastspiel der

Ten-Ka-Truppe,

Japanische Zauberer,

u. a.: **„Jap. Wasserspiele".**

Einzig existierend!

Außerd. d. für. gr. Attraktionen.

Kleine Variétépreise.

II. Rang 0.30, Saal im Vorverkauf 0.65.

Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.

— Fernruf 1181. —

Mittwoch den 7. Dezember 1910:

85. Vorstellung i. Ab. 1. Viertel.

Zum ersten Male: Novität! Novität!

Der Stier von Olivera.

Schauspiel in 3 Akten von Heinrich Lilienfein.

Kassenöffnung 7 Uhr.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Donnerstag d. 8. Dezember 1910:

86. Vorstellung i. Ab. 2. Viertel.

Einakter-Abend.

Die Heuschrecke.

Schwank in einem Aufzuge von Gustav Schefranek.

Hierauf:

Sonne und Erde.

Balletttdivertissement in 1 Vorspiel und 4 Bildern von F. Gaul und F. Haßreiter.

Zum Schluß:

Brüderlein fein.

Operette in 1 Akt von Leo Fall.

„Ich war am ganzen Leibe mit

Flechten

behaftet, welche mich durch das ewige Jucken Tag u. Nacht nicht in Ruhe ließen. Nach einer Einreibung von kaum 14 Tagen mit **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** waren meine Flechten **vollständig verschwunden.** Ihre Seife ist nicht 1.50 M., sondern 100 M. wert. Sergeant M. in G." à St. 50 Pf. (15%ig) u. 1.50 M. (35%ig, **stärkste Form**). Dazugeh. **Zucker-Creme** 75 Pf. u. 2 M., ferner **Zucker-Seife (mild),** 50 Pf. u. 1.50 M. In all. **Apoth., Drog. u. Parfüm.** erhältl. Nichts anderes aufreden lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

Schaubooks Briefmarkenalbums bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Bandwurm mit Kopf

Depots in Halle

Verschiedene Kuren habe ich gemacht, um den lästigen Bandwurm los zu werden, aber alles versagte; ich hieß mir daher Ihr Bandwurmmittel **Solitaenia** schicken, welches von vorzüglicher Wirkung war, und spreche Ihnen hiermit meinen herzlichsten Dank aus und werde bemüht sein, das Mittel weiter zu empfehlen. Hochachtungsvoll Emma Schöps, Kl.-Mochern, im Mai 1910. **Solitaenia** f. Erwachsene 2,50 ℳ, f. Kind. 1,50 ℳ, ist erhältlich in den Apotheken. **Engel-Apotheke,** Kleinschmieden 6, **Hirsch-Apotheke,** Markt 17, **Hohenzoll.-Apoth.,** Merseb. Str. 20, **Löwen-Apotheke,** Brüderstr. 17.

Vache- u. Sohlleder i. alt. Eichenlohgruben-Gerbung **Schuhmacher-Bedarfs-Artikel. „Ausschnitt". Arbeitsständer, Leisten, Sohlen-Filze, Einlegesohlen, Senkel, Crême, Futterstoffe, Brenngeräte, Werkzeuge, Stifte, Gummiecken und Flecke etc. Adler-Schnell-Nähmaschinen, Handwerker- u. Familien-Nähmaschinen. Teutonia-Lederwalzen i. bester Qualität und Ausführung zu billigsten Preisen.**

F. Noah, Gr. Klausstrasse 7.

Morgen, Mittwoch, Schlachtefest. Früh 8 Uhr: Wellfleisch. Otto Becker, Krölwitz.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219101207-19/fragment/page=0012